Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 96. Freitag, den 25. April 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Die Deutsche Wehrnummer — ein Volksbetrug.

Dem allgemeinen Sumpf, aus dem die Rüstungstreiber ihre Gewinne schöpfen, entsteigen fortgesetzt neue Blasen. Nicht nur so manche an die Lieferungen für Heer und Marine beteiligten Firmen arbeiten mit Hochdruck an der Schürung des Rüstungsfiebers, auch das Kriegsministerium stellt zu diesem Zwecke seine Dienste zur Verfügung. Dafür liefert der Vorwärts in seiner letzten Montagsausgabe einen schlagenden Beweis. Dieser Tage ist eine besondere Deutsche Wehrnummer der Leipziger Illustrierten Zeitung erschienen, reich mit vaterländischen Bildern ausgestattet (zum Preise von 2,50 Mark) — nach der eigenen Angabe des Verlages (J. J. Weber in Leipzig) dazu bestimmt, „auf das deutsche Volk einen tiefen Eindruck“ zu machen, das heißt für die Heeresvorlagen Stimmung zu machen. Diese Nummer, für die außer Professor Hans Delbrück eine große Anzahl von Generälen und anderen hohen Militärpersonen längere Beiträge geliefert haben, ist — eine für die von der Kriegspartei hinter den Kulissen betriebene Agitation höchst charakteristische Tatsache! — größtenteils im Kriegsministerium geschrieben und redigiert worden. Aber damit hat sich unser auf strengste Korrektheit haltendes Kriegsministerium nicht begnügt; es hat außerdem eine Mahnung an die „für die Armeelieferungen und die Landesverteidigung in Betracht kommenden Industrien“ gerichtet, in welcher diesen empfohlen wird, **die Gelegenheit zu Reklameartikeln und Annoncen in der betr. Wehrnummer zu benutzen.** Freilich war das Kriegsministerium so vorsichtig, diese Mahnungen nicht selbst zu vertreiben, sondern ihre Versendung der Leipziger Verlagsbuchhandlung zu überlassen. Indes die Lieferungsinteressenten haben auch ohnehin den ihnen auf diesem Umwege erteilten Wink recht deutlich verstanden; denn nicht weniger als 130 Großfolioseiten der schönen Wehrnummer sind mit Reklameartikeln und Annoncen bedeckt. Manche Firmen haben sich die Befolgung der kriegsministeriellen Aufforderung eine recht ansehnliche Summe kosten lassen, denn ihre „Beiträge“ umfassen mehrere Seiten und enthalten eine Anzahl prächtiger Illustrationen. Was tut nicht ein guter Patriot — alles zum Nutzen des teuren Vaterlandes —, zumal wenn er vermeint, sich dadurch das Wohlwollen eines hohen Kriegsministeriums erwerben zu können!

Die für die Armeelieferanten bestimmte Aufforderung des Kriegsministeriums lautet:

Kriegsministerium.
Ministerialabteilung.
Nr. 911/2. 13. Z. 1.

Berlin W. 66, den 23. Februar 1913.
Leipzigerstr. 5.

Die am 10. April erscheinende Sondernummer der Leipziger Illustrierten Zeitung ist in entsprechend prächtiger Ausstattung ausschließlich der deutschen Wehrmacht gewidmet und wird mit Unterstützung des Kriegsministeriums in Berlin bearbeitet.

Es wird im Interesse der Vollkommenheit der Nummer als dringend erwünscht bezeichnet, daß die für die Armeelieferungen und für die Landesverteidigung in Betracht kommenden Industrien diese Gelegenheit benutzen, die Entwicklung ihrer Betriebe, ihre heutige Bedeutung und Leistungsfähigkeit in möglichst erschöpfender Weise zur Darstellung zu bringen.

Die Ministerialabteilung des Kriegsministeriums ist bereit, jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

Hoffmann,
Major und Abteilungschef.

An den Verlag der
Illustrierten Zeitung
Leipzig
Reudnitzerstr. 1—7.

Die Leipziger Verlagsbuchhandlung richtete an ihre Lieferanten — unter Beifügung der kriegsministeriellen Inseratenaufforderung — folgendes Schreiben:

Illustrierte Zeitung.
Erscheint seit 1843.
Verlagsbuchhandlung
von J. J. Weber.

Leipzig, März 1913.

Betrifft:
Wehrnummer der Leipziger
Illustrierten Zeitung.

Das deutsche Kriegsministerium bezeichnet es in der einliegenden Kundgebung als dringend erwünscht, daß die für die Armeelieferungen und für die Landesverteidigung in Betracht kommenden Industrien die Entwicklung ihrer Betriebe, ihre heutige Bedeutung und Leistungsfähigkeit in der Wehrnummer erschöpfend schildern. Wir laden Sie infolgedessen ein, sich mit einem gut ausgestatteten Beitrag über Ihre Beziehungen zu Heer und Landesverteidigung zu beteiligen. Die Aufnahme müßten Sie bezahlen; die künstlerische und literarische Ausstattung wird von uns kostenlos beraten.

Die mit vielen Buntdrucken prächtig ausgestattete Wehrnummer wird bei dem deutschen Volke einen tiefen Eindruck machen und im Auslande ein enormes Aufsehen wachrufen; ist sie doch mit dem deutschen Kriegsministerium, das für den glänzenden redaktionellen Teil u. a. bislang unveröffentlichtes Material zur Verfügung stellte, gemeinsam bearbeitet, und erscheint sie doch ferner in jenen Tagen, in welchen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Beratungen des Reichstages über die neue Militärvorlage gerichtet ist.

Da die Wehrnummer bereits am 10. April cr. erscheint, so könnte die Aufnahme Ihres Beitrages nur bei umgehender Anmeldung erfolgen. Wir bitten Sie daher um postwendende Mitteilung, ob Ihnen eine persönliche Besprechung genehm ist.

Hochachtungsvoll
Geschäftsstelle der Illustrierten Zeitung.

Einliegend: Kundgebung. Postkarte.

Das Kriegsministerium als Redaktion für Reklamenummern und als Bureau für Annoncenakquisition — klarer kann gar nicht zum Ausdruck kommen, daß die Regierung nur der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalisten ist.

Politische Rundschau

Deutschland.

Getäuschte Hoffnungen.

Die bürgerlichen Parteien hätten zu gern diese Woche die ganze Etatsberatung zu Ende gebracht und sie rechneten bestimmt damit, bereits heute mit der dritten Lesung beginnen zu können. Es wurde noch am Vormittag ausgerechnet, daß dann die Budgetkommission in den drei ersten Tagen der nächsten Wochen Zeit genug finden würde, um ihre prinzipielle Zustimmung zu der Heeresvorlage zu bekunden. Das wäre ein Erfolg für die Regierung gewesen, den sie sich als Trost für die mancherlei Enttäuschungen der letzten Tage gern hätte bereiten lassen. Allein auch diese Hoffnung wurde betrogen. Es steht jetzt bereits fest, daß die Etatsberatung noch am Montag ihren Fortgang nehmen wird, und ob am Dienstag die ferienlustigen Abgeordneten schon nach Hause reisen können, ist äußerst zweifelhaft. Sie werden vielleicht die Kenntnisse, die sie bereits heute aus den Kursbüchern geschöpft haben, erst um die Mitte der nächsten Woche verwerten können.

Die Beratung des Militäretats wurde zu Ende geführt und brachte auch in ihren letzten Stunden der Regierung eine letzte Niederlage. Trotz all ihrer Anstrengungen wurden entsprechend dem Antrag der Budgetkommission die Kommandantur in Darmstadt und Dresden gestrichen und ebenso erging es auf Antrag unserer Fraktion, für die die Genossen Noske und Schöpflin sprachen, der Kommandantur in Königstein. Mit betrübten Gesichtern verließen der Kriegsminister und seine Generäle die Tribüne. Beim Etat für den Rechnungshof kritisierte Genosse Rauch die Gewährung von Unterstützungen an höhere Beamte. Die Beratung des Etats über den allgemeinen Pensionsfonds führte zur Annahme einer Resolution der Budgetkommission, in der die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung von 70 auf 65 Jahre gewünscht wird und die Annahme eines Antrags Albrecht, daß die Renten der Kriegs- und Militärinvaliden nach erfülltem 60. Lebensjahre nicht mehr gekürzt werden könnten. Dieser Antrag wurde vom Genossen Hugel mit gutem Material begründet, und Genosse Sachse brachte auch eine Reihe interessanter Beispiele für die bisherige Praxis bei. Die Antwort, die Herr Erzberger bei seinen Beschwerden über die Pensionierung von Militärapothekern erhielt, nötigte ihn zu einer entschiedenen Abwehr gegen die allzu burschikose Ablehnung durch den sächsischen Militärbevollmächtigten.

Die Debatte über den Etat des Reichsschatzamtes konnte nur in Angriff genommen werden. Genosse Stolle besprach das gegenwärtige Zollsystem, wandte sich vor allem gegen die Einfuhrscheine, nicht ohne die übliche agrarische Rede des Grafen Kanitz zu provozieren. Dann gab es noch eine längere Weindebatte. Der nationalliberale Professor v. Calker befürwortete eine Resolution, die die Ausdehnung der Landes- und Gemeindebesteuerung auf die ausländischen Weine verlangt, wogegen Genosse Hoffmann für die sozialdemokratische Resolution sprach, die die Gleichstellung der in- und ausländischen Weine durch Abschaffung der Gemeinde- und Staatssteuern herbeiführen will. Die nationalliberale Resolution wurde schließlich angenommen. — Am Schluß der Sitzung mußte Genosse Emmel noch einen Erlaß des Schatzsekretärs kritisieren, der in die Rechte der Gemeinden, Anleihen auszugeben, willkürlich eingreift. Der Staatssekretär verteidigte sich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, den Kurs der Reichsanleihen auf einer gewissen Höhe zu halten.

Die Budgetkommission des Reichstags

lehnte in der Mittwochssitzung die Forderung des Reichsschatzamtes, die Zahl der Direktoren in diesem Jahre um einen zu vermehren, ab. Den vor Inkrafttreten des Versorgungsgesetzes für verunglückte militärische Luftschiffer verunglückten Personen sollen weitgehende Unterstützungen aus Fonds zur Verfügung gestellt werden.

Beim Allgemeinen Pensionsfonds beantragte Graf Westarp, es möge baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der eine Aufbesserung der Bezüge der Altpensionäre bringt. — Dazu beantragte Genosse Südekum, die Regierung auch um baldige Vorlegung einer Novelle zur Reichsversicherungsordnung zu ersuchen, die eine Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrentner vom 70. auf das 65. Lebensjahr bringt. — Schatzsekretär Kühn widersprach dem Antrage Südekum, der doch mit den Altpensionären in gar keinem Zusammenhange stehe. — Auch Graf Westarp erhob Bedenken, weil es doch fraglich sei, ob man der Industrie schon wieder neue Lasten zumuten dürfe. Die Kommission nahm aber schließlich einstimmig beide Anträge an.

Die Kommission trat sodann in die Beratung des Nachtragsetats ein, der eine Landbank für Südwestafrika schaffen will. Gefordert wird eine Summe von 10 Millionen Mark, um den Ansiedlern Kredit gewähren zu können. Der jetzt in Deutschland auf Urlaub befindliche Gouverneur ist von der Landesversammlung förmlich dazu gedrängt worden, das Geld für die Kreditgewährung zu beschaffen. — Die Redner aller bürgerlichen Parteien äußerten Bedenken, sprachen aber gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zur Bewilligung aus, — Genosse Noske betonte, es handle sich um ein recht unsicheres Unternehmen. Das Risiko sei so groß für das Reich, daß die Bewilligung einfach unverständlich sei, ebenso die Zumutung dse Schatzamtes. Es sind in Südwestafrika 1629 Ansiedler vorhanden. Für diese aber eine Summe von 10 Millionen Mark flüssig zu machen, ist nicht zu rechtfertigen. Als es galt, einige Millionen zur Steuerung der Wohnungsnot in Deutschland aufzuwenden, machte die Regierung erhebliche Schwierigkeiten. Wird der geforderte Kredit gewährt, kann die Verwaltung später auch Schatzanweisungen ausgeben, und das ist besonders bedenklich. Das projektierte Unternehmen ist also sehr unsicher und viel zu riskant für das Reich. — Gouverneur Seitz trat diesen Ausführungen entgegen, ohne sie aber tatsächlich widerlegen zu können. — Abg. Oertel trat für die Vorlage ein. Wenn nicht bald dort Regen eintritt, steht etwa die Hälfte der Farmer vor der Frage, ob sie den Betrieb noch aufrechterhalten können oder nicht. Für das „aussichtsreiche Neuland“ müsse Hilfe geschaffen werden. — Genosse Ledebour bekämpfte die Vorlage. In Südwestafrika eine große Viehwirtschaft künstlich schaffen, sei doch ein Widersinn, solange in Deutschland daran festgehalten wird, durch Grenz- und Zollmaßregeln die Einfuhr von Vieh auch aus den Kolonien möglichst zu verhindern. — Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde der Nachtragsetat genehmigt.

Die nächste Sitzung soll am heutigen Freitag stattfinden mit der Wehrvorlage als Tagesordnung. Dagegen wurde aber Einspruch erhoben mit dem Hinweis, daß diese Beratung zeitlich nicht getrennt werden solle. Dem Vorsitzenden wurde die Entscheidung überlassen.

Eigenartige nationalliberale Vertragstreue.

Die bekannte Affäre des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Held beschäftigte am Mittwoch das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg. Der bekannte Schriftsteller und Satiriker Dr. Alfred Kerr hat nämlich im „Pan“ einige Artikel geschrieben, worin er darauf hinweist, daß ein rechtskräftig gewordenes Urteil dem Herrn Held Erpressungs- und Betrugsversuche, Mißbrauch des Mandats zu persönlichen Geldgeschäften, Buchfälschung und verwerfliche Mittel nachsagt. Kerr hat weiter die nationalliberale Fraktion aufgefordert, Held nicht in ihrer Mitte zu dulden und führt den Umstand, daß Held der Fraktion immer noch, wenn auch nur als Hospitant angehören darf, darauf zurück, daß Held die Fraktion in seiner Affäre getäuscht haben müsse.

Die Verhandlung wurde vertagt, da noch verschiedene nationalliberale Parteimänner als Zeugen vernommen werden sollen. Interessant ist jedoch folgendes: Auf die Frage, warum der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Herr Breithaupt, in einer Versammlung erklärt habe, daß die nationalliberale Partei Herrn Held abgeschüttelt habe, konnten die Abgeordneten Friedberg und Schiffer als Zeugen nur erklären, das dürfte deshalb geschehen sein, weil nach dem Abkommen zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei der Heldsche Wahlkreis der Fortschrittspartei überlassen werden sollte und die nationalliberale

Partei dort überhaupt keinen Kandidaten aufzustellen hatte. Held ist dann angeblich von seinen Freunden als selbständiger Kandidat aufgestellt und bekanntlich auch gewählt worden. Man müßte doch meinen, daß die Vertragstreue zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei erfordert haben würde, daß die nationalliberale Partei auch eine selbständige Kandidatur des Herrn Held nicht hätte zulassen dürfen und dies eventuell durch Ausschluß aus der Partei hätte verhindern oder bestrafen müssen. Dies ist aber nicht der Fall gewesen und Herr Held gehört als Hospitant der nationalliberalen Partei an und hat sogar nach dem stenographischen Bericht im Mai vorigen Jahres eine Rede im Reichstag mit den Worten begonnen: „Im Namen meiner Fraktion habe ich . . .“ Man kann neugierig sein, wie diese merkwürdige Auffassung von Vertragstreue auf das Zusammengehen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Landtagswahlen wirken wird!

Die Budgetkommission des Reichstages

hatte am Donnerstag eine vertrauliche Sitzung über die Wehrvorlage. Da auch die auswärtige Politik in die Besprechungen gezogen wurde, nahm an der Sitzung auch der Reichskanzler teil.

Donnerstag nachmittag befaßte sich der Seniorenkonvent des Reichstages mit den Geschäfts-Dispositionen. Der Reichstag wird voraussichtlich Sonnabend mit seinen Arbeiten so weit fertig sein, daß er in die Pfingstferien gehen kann. Die Budgetkommission dagegen wird noch bis zum 30. April tagen und die Militärvorlagen beraten.

Das preußische Abgeordnetenhaus

nahm am Donnerstag in zweiter und dritter Lesung die Vorlage über die innere Kolonisation und Landesverbesserungen an. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte sich Gen. Leinert einverstanden mit der Bewilligung der für die Verbesserung der Domänen geforderten Mittel. Dagegen bekämpfte er die Art, in welcher die Regierung die innere Kolonisation betreibt und erklärte, daß seine Freunde aus diesem Grunde gegen die Gesamtvorlage stimmen würden. Er verlangte, daß endlich Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhüten, daß nur der Großgrundbesitz von der inneren Kolonisation Vorteile hat. Voraussetzung dazu sei allerdings eine Demokratisierung der Gemeindeverfassungsgesetze und des Landtagswahlgesetzes. — Auch die Polen erklärten sich gegen die Vorlage, weil sie der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Kolonisationsgelder im antipolnischen Sinne verwendet werden könnten.

Die geborenen preußischen Gesetzgeber wieder einmal an der Arbeit.

Am Donnerstag trat das Herrenhaus wieder einmal zusammen, um einige kleinere Vorlagen und eine Anzahl Petitionen zu erledigen. Die Debatte war nach keiner Richtung hin besonders bemerkenswert. Das Gesetz über die Ausnutzung der Wasserkräfte der oberen Weser zur Elektrizitätsgewinnung wurde angenommen; ebenso die Vorlage, wodurch die Bauerleichterungen der Lex Adickes auf die Industriestadt Griesheim bei Frankfurt a. M. übertragen werden, weil dort eine große Wohnungsnot herrscht. Hierbei glaubte der Herr v. Buch wieder einmal das Privateigentum gegen ein angebliches Attentat in Schutz nehmen zu müssen.

Sie strecken die Waffen!

Welch ein Jubel herrschte in liberalen Kreisen, als es vor einiger Zeit in der Nachwahl den Nationalliberalen gelang, den Konservativen den Wahlkreis Oletzko-Lyck-Johannesburg abzunehmen. Man träumte von einem „ungeahnten Aufstieg des Liberalismus“ im Osten und glaubte, daß nun bald alle konservativen Mandate in Ostpreußen in den Besitz der Nationalliberalen übergehen würden. Jetzt wird aus Lyck gemeldet, daß die Nationalliberalen beschlossen hätten, sich an der Landtagswahl nicht zu beteiligen, sondern den Konservativen das Feld ohne Kampf zu überlassen. Und das wenige Jahre nach dem „herrlichen Aufschwung des Liberalismus“ in diesem Kreise. Damit ist es nun vorbei. Aus ist der kurze Sommernachtstraum des Liberalismus im Osten.

Maßnahmen, um Grenzdifferenzen zu vermeiden.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, sind wegen der verschiedenen Fälle von Landungen deutscher Luftschiffer jenseits der Grenze bereits von der deutschen Regierung Maßregeln eingeleitet worden, um solche Vorkommnisse künftig zu verhüten. Mit der französischen Regierung sind Besprechungen im Gange, die die Schaffung eines Abkommens zur Regelung der Luftschiffahrt bezwecken.

Die freie Eisenbahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten

Einer Korrespondenz zufolge ist dem Bundesrat der dringend gewünschte Gesetzentwurf zugegangen, durch den den Mitgliedern des Reichstages freie Eisenbahnfahrt während der ganzen Legislaturperiode gewährt wird.

Die Militärbehörden für den Schnapsboykott.

Die Urlaubskarten für das Militär in Königsberg enthalten die Bemerkung, daß das Alkoholtrinken eines Mannes unwürdig sei. Diese Karten werden der Militärbehörde von den Abstinentenvereinen geliefert. Die konservativen Schnapsbrenner im Reichstag werden vermutlich nicht verfehlen, den Kriegsminister auf diese Schädigung „vaterländischer Interessen“ aufmerksam zu machen.

Preußisch-hessische Eisenbahn-„Gemeinschaft“.

Die 80 000 Einwohner zählende hessische Industriestadt Offenbach a. M. — die bekanntlich eine sozialdemokratische Stadtvertretung hat — wird durch einen Gewaltakt der preußischen Eisenbahnverwaltung in schwerer Weise in ihren wirtschaftlichen Interessen geschädigt. Nach dem im Jahre 1868 zwischen Preußen und Hessen abgeschlossenen Staatsvertrag haben alle der Personenbeförderung dienenden und Offenbach passierenden Eisenbahnzüge dort zu halten. Diese Bestimmung ist im Laufe der Verkehrsentwicklung der aufstrebenden Stadt Offenbach immer wertvoller, der Eisenbahnverwaltung aber immer lästiger geworden. Da Frankfurt nur 10 Kilometer von Offenbach entfernt ist, und dort selbstverständlich alle Züge halten, suchte die Eisenbahndirektion wiederholt Luxus- und Schnellzüge an Offenbach ohne Anhalten vorübergehen zu lassen, mußte solche Versuche, den Staatsvertrag zu brechen, auf Offenbachs Widerspruch aber immer bald wieder aufgeben. Die Eisenbahnverwaltung baute nun die nördlich des Mains zwischen Hanau und Frankfurt liegende Strecke mit dem im Osten Frankfurts liegenden Bahnhof aus, verband letzteren mit dem Frankfurter Hauptbahnhof und forderte nun, nachdem sie so in der Lage war, Offenbach zu umgehen, vor kurzem von dieser Stadt einen Verzicht auf zwölf bisher in Offenbach haltende Schnell- und Eilzüge in der Richtung von und nach Frankfurt-Hanau. Die Offenbacher Stadtverwaltung erklärte sich bereit, auf eine Anzahl dieser Züge zu verzichten, wenn dafür gewisse Kompensationen gewährt würden, wie Ueberlassung der Lokalbahn Frankfurt-Offenbach (zwecks verbesserter Verbindung beider Städte), einige Tarifvergünstigungen, Garantien gegen Verschlechterung der postalischen Verhältnisse und ähnliches. Noch während darüber Verhandlungen schwebten, die vom hessischen Finanzminister geleitet wurden, und an welchen auch die Offenbacher Handelskammer teilnahm, verkündigte die Eisenbahnverwaltung, daß sie zehn von den zwölf in Frage kommenden Zügen nicht mehr in Offenbach halten lasse, sondern an der anderen Seite des Mains an Offenbach vorbeiführe! Mit diesem Gewaltakt sind alle Verhandlungen gegenstandslos geworden, sowohl der hessische Finanzminister bezw. die hessische Regierung, die für Offenbach eintrat, wie die Offenbacher Handelskammer und die Stadtverwaltung Offenbachs brutal brüskiert und der preußisch-hessische Staatsvertrag, wenn nicht dem Wortlaut, so doch dem Sinne nach gebrochen. Der Stadt Offenbach wird aus dem Vorgehen der Eisenbahnverwaltung äußerst schwerer Schaden erwachsen, ohne daß die Eisenbahnverwaltung ihrerseits Vorteile von dem Vertragsbruch hat, denn das, was sie durch das Nichthalten der Züge in Offenbach an Beschleunigung des Verkehrs gewinnt, verliert sie auf der anderen Strecke dadurch, daß diese zwei Kilometer länger ist. Das Motiv ihres Vorgehens kann also nur gesucht werden in dem Bestreben, der Stadt Offenbach die Uebermacht der preußischen Eisenbahngewaltigen recht eindringlich zu Gemüte zu führen. Dabei besteht seit 1896 zwischen Preußen und Hessen eine Eisenbahngemeinschaft, d. h. die hessischen Eisenbahnen sind in preußischen Besitz übergegangen und werden „gemeinschaftlich“ betrieben, so daß Preußen alle Veranlassung haben sollte, auch die wirtschaftlichen vom Verkehr abhängigen Interessen Offenbachs genau zu berücksichtigen wie die gleichen Interessen preußischer Städte.

Für diejenigen süddeutschen Bundesstaaten, die immer noch verlangen nach einer Eisenbahngemeinschaft mit dem großen Bruder Preußen verspüren sollten, dürfte das hier geschilderte Vorgehen der preußischen Eisenbahnverwaltung gegen Offenbach recht lehrreich sein.

Die anhaltische Wahlrechtsvorlage

wurde nach dreitägiger Debatte in zweiter Lesung angenommen. Die Regierungsvorlage wurde noch in verschiedenen Punkten verschlechtert. Die Zahl der privilegierten Mandate wurde von 27 auf 29 erhöht. Die Einkommensgrenze, die die Wähler der ersten Abteilung von den Wählern der zweiten Abteilung scheidet, setzte man auf 3600 Mk. fest. In der Regierungsvorlage war ein Einkommen von 3000 Mk. als Grenze vorgesehen. Eine kleine Verbesserung besteht darin, daß in Zukunft alle Reichsangehörigen, die drei Jahre in Anhalt ansässig sind, wählen können. Nach der Regierungsvorlage sollten nur die anhaltischen Staatsbürger das Wahlrecht haben.

Selbstverständlich wurden alle sozialdemokratischen und freisinnigen Verbesserungsanträge abgelehnt. Die Wahlrechtsdebatten trugen einen sehr heftigen Charakter. Am Montag hielt der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Cohn längere Reden. Das paßte der Mehrheit und der Regierung nicht. Der Staatsminister gab bekannt, daß er sich infolge des Verhaltens des Abg. Dr. Cohn genötigt sehe, eine Revision der Geschäftsordnung des Landtages zu beantragen, die solche „Obstruktionsreden“ unmöglich mache. Und die konservativ-nationalliberale Mehrheit jubelte dem Minister zu. In Zukunft wird also in dem anhaltischen Landtag nur noch abgestimmt werden dürfen. Den größten Spektakel gab es aber am Dienstag. Der konservative Abgeordnete v. Krosigk warf dem Abgeordneten Dr. Cohn folgende Schimpfworte an den Kopf: „Verleumder, Kommissionsschwänzer, Bruchschwätzer“. Ferner forderte er die Regierung auf, gegen den freisinnigen Abgeordneten Günther, der Lehrer am Seminar in Cöthen ist, wegen seiner antimonarchischen Gesinnung ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Der Abg. Günther hat nämlich das „Verbrechen“ begangen, einen Antrag zu unterschreiben, der dem Herzog von Anhalt das Recht nehmen will, das Präsidium des Landtages zu ernennen. Die gemeine Denunziation des Junkers v. Krosigk rief bei der Opposition große Entrüstung hervor. Der fortschrittliche Abg. Art'l warf dem ehemaligen Blockbruder vor, daß er ein Nachkomme jener adeligen Straßenräuber sei, die Fürstenmorde inszeniert hätten. Der Staatsminister Laue erklärte, daß er nicht in der Lage sei, der Aufforderung des Herrn v. Krosigk Folge zu leisten.

Das neue anhaltische Wahlrecht ist eine Verhöhnung des anhaltischen Volkes. Es ist ein würdiges Pendant zum preußischen Dreiklassenwahlrecht.

Zu den Enthüllungen über Krupps geschäftliche Praktiken.

Im Reichstage ging heute das Gerücht, es seien in der bekannten Angelegenheit zwei weitere Beamte der Firma Krupp verhaftet worden. Etwas Näheres konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, da die maßgebenden Behörden in Essen die Auskunft verweigerten. Man kann daraus schließen, daß das Gerücht begründet ist.

Frankreich.

Dalles, Dalles, über alles. Der Generalbudgetberichterstatter des Senats, Aimond, erklärte, das Budget für das laufende Jahr weise einen Fehlbetrag von mindestens 200 Millionen auf. In dem Budget für 1914 werde das Defizit voraussichtlich mindestens 360 Millionen betragen. Aimond erklärte weiter, deshalb würden zur Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts 1914 neue Steuern von mindestens 360 Millionen und außerdem für die Bedürfnisse der Kriegsverwaltung eine Anleihe von einer Milliarde erforderlich. — Der Dalles wird allenthalben immer größer.

Belgien.

Der Generalstreik beendet. Ein außerordentlicher Parteitag tagte am Donnerstag im Volkshause zu Brüssel unter dem Vorsitz des Genossen Furnemont. Es waren etwa 1200 Delegierte anwesend. Im Auftrage des Streikkomitees referierte Gen. Anseele, der die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vertrat, da bei der Fortführung des Streiks kein größerer Erfolg zu erwarten sei als jetzt schon erreicht ist. Einige Redner kritisierten die Haltung der Fraktion und des Streikkomitees und verlangten die Fortführung des Streiks. Gen. Vandervelde verteidigte die Resolution, in der die Aufhebung des Streiks ausgesprochen wird, und das Streikkomitee in wirkungsvoller Rede. Er betonte, man solle siegesfroh an die Arbeit zurückkehren. Der Zweck des Streiks, die Verfassungsrevision auf parlamentarischem Wege zu erörtern, sei durch die Bildung einer Kommission erreicht. Und noch wichtiger als der parlamentarische Erfolg sei der Eindruck, den der imposante und friedliche Streik auf die öffentliche Meinung ausgeübt hat und seine besondere Bedeutung für die Machtbildung und das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft. Also stecken wir den Degen wiederum mit Ehren in die Scheide, um ihn, sobald es nötig ist, wieder hervorzuziehen. — Gen. Destree sprach im Schlußwort in demselben Sinne und feierte die Solidarität und Disziplin, die die Arbeiter gezeigt haben. Die Abstimmung durch Händeaufheben ergab die Annahme der Resolution des Streikkomitees mit vier Fünftel Majorität. Heute am Freitag wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Balkan.

Was nun? Österreich-Ungarn will sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß Skutari in montenegrinischem Besitz bleibt. Es hat an die Mächte eine Zirkularnote gerichtet, die folgendes besagt: Österreich-Ungarn könne es nicht gestatten, daß die Lage, die durch den Einzug Montenegros in Skutari geschaffen ist, so bleibt wie sie ist. Da das Prestige der Mächte verletzt worden ist, so lädt Österreich-Ungarn die Mächte ein, einen Entschluß zu fassen über die Schritte, die zur Herstellung des Prestiges unternommen werden sollen. Österreich-Ungarn erklärt, falls die Mächte einen schnellen Entschluß nicht fassen könnten, so würde es gezwungen sein, selbst Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die Entscheidung der Mächte respektiert würde, und daß Montenegro Skutari räume.

Gutunterrichtete österreichische Kreise halten die Lage nicht für gefährlich. Man erklärt, daß es sich nicht um eine rein österreichische Frage handle. Die Entscheidung, die ganz Europa hinsichtlich Skutaris getroffen hat, sei Montenegro in aller Form mitgeteilt worden. Die Schiffe seien entsandt worden, vermutlich doch, um dieser Entscheidung der Mächte Achtung zu schaffen. Man betont, daß die so ernst erwogenen Beschlüsse Europas nicht durch einen Akt Montenegros abgeändert werden könnten, der diese Beschlüsse direkt verletze. Österreichs Gesichtspunkt sei der, daß es die Sorge Europas sei, die Räumung Skutaris ohne Verzug durchzusetzen. Die Frage betreffend das Angebot einer Kompensation könne später besprochen werden.

Der Kampf um Skutari hat den Montenegrinern nach ihrer Angabe 10000 Mann gekostet. Wie viel blühende Menschenleben sind hier vernichtet! Und warum?

Die Differenzen zwischen Serbien und Bulgarien nehmen einen ernsten Charakter an. Man rechnet mit gefährlichen Konflikten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 25. April.

Zur Maifeier. Die Auslosung der Gewerkschaften und Vereine für die Aufstellung des Festzuges auf dem alten Bahndamm hat folgende Reihenfolge ergeben:

1. Zug.
Zugführer: W. Bromme.
Arbeiterradfahrer.
1. Sozialdemokratischer Verein.
2. Ortsgruppe Schlutup.
3. Ortsgruppe Trems-Vorwerk.
4. Ortsgruppe Moisling.
5. Arbeiter-Sängerbund.
6. Maler.
7. Lithographen und Steindrucker.
8. Tabakarbeiter.
9. Gemeinde- und Staatsarbeiter.
10. Holzarbeiter.

2. Zug.
Zugführer: Heinrich Schwartz.
11. Bauarbeiter.
12. Zimmerer.
13. Maschinisten und Heizer.
14. Brauerei- und Mühlenarbeiter.
15. Steinsetzer.
16. Töpfer.
17. Gastwirtsgehilfen.
18. Schiffszimmerer.

3. Zug.
Zugführer: Mesnikow.
19. Dachdecker.
20. Gärtner.
21. Bureauangestellte.
22. Buchbinder.
23. Tapezierer.
24. Kupferschmiede.
25. Glaser.
26. Fabrikarbeiter.

4. Zug.
Zugführer: Puls.
27. Arbeiterturner.
28. Bäcker.
29. Buchdrucker.
30. Böttcher.
31. Metallarbeiter.
32. Friseurgehilfen.

5. Zug.
Zugführer: A. Rockstien.
33. Transportarbeiter.
34. Schlachter.
35. Steinarbeiter.
36. Handlungsgehilfen.
37. Schumacher.

Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder müssen spätestens 1¾ Uhr auf dem alten Bahndamm sein. Sofern sie vom Gewerkschaftshause im geschlossenen Zuge abmarschieren, muß das laut Polizeivorschrift durch die Mengstraße geschehen. Zwischen den einzelnen Abteilungen sollen dann etwa 200 Schritte Abstand sein. Jede Gewerkschaft resp. Verein stellt sich auf dem alten Bahndamm hinter der durch die Nummer kenntlich gemachten Stelle auf. Das Arztzimmer befindet sich in Moisling im oberen Stockwerk des Gasthauses „Zum Travestrand".

Die Betriebsverwaltung der Lübecker Straßenbahn wird am 1. Mai für vermehrte Fahrgelegenheit Sorge tragen und den Betrieb auf der Moislinger Linie bis gegen 1 Uhr nachts ausdehnen.

Nun gilt es, die kurze Spanne Zeit noch zu einer umfassenden Agitation für die Teilnahme an der Maifeier auszunutzen. Kein Arbeiter darf fehlen. Mit überwältigender Wucht muß angesichts der durch Oesterreichs Balkanpolitik wieder in greifbare Nähe gerückten Gefahr des allgemeinen Weltkrieges demonstriert werden: für den Völkerfrieden, für den Achtstundentag, für das allgemeine gleiche Wahlrecht zu allen parlamentarischen Körperschaften, für die Forderungen des proletarischen Befreiungskampfes.

Hoch die internationale Völkerverbrüderung! Hoch der 1. Mai!

Der Wehrverein geht auf die Dörfer unserer Nachbarschaft und gründet dort Ortsgruppen. So soll unter Mitwirkung eines Pastors in Dissau eine solche errichtet worden sein. Der Wehrverein ist bekanntlich diejenige Organisation, die als Treiber bei dem volksfeindlichen Rüstungswahnsinn fungiert. Davon, daß seine Mitglieder sich zum Zahlen drängen, wenn es sich um Aufbringung der Mittel für die Rüstungen handelt, hat man noch nie etwas gehört. Vielleicht machen die neuen Mitglieder in Dissau den Anfang damit.

Rabattmarkenschwindel. Einem raffinierten Schwindel hat hier die Polizei ein Ende gemacht. Ein 25jähriger Gärtnergehilfe, der Sohn achtbarer Eltern, ließ sich in Wien eine halbe Million Rabattmarken vom Rabattsparverein Lubeca drucken und versuchte nun hier, die Marken in Umlauf zu setzen. In der Tat war es ihm auch schon gelungen, 12 Markenbücher zu 5 Mark das Stück bei Kaufleuten einzulösen. Beim 13. Buche schöpfte der Kaufmann, der es einlösen sollte, Verdacht, und als er festgestellt hatte, daß die auf dem Buch angegebene Adresse nicht stimmte, benachrichtigte er die Polizei, die den Schwindler verhaftete und ihm die Marken abnahm.

Arbeiterrisiko. Der 59jährige Arbeiter Frahm, der in der Kornbranntweinbrennerei von Hilmers in Krummesse beschäftigt war, geriet dort in die Transmission, wobei ihm der Kopf völlig zerquetscht wurde. Der Bedauernswerte war sofort tot.

Ballonaufstieg. Der am verflossenen Sonntag infolge ungünstiger Windrichtung unterbliebene Aufstieg des Ballons „Lübeck" wird am kommenden Sonntag beabsichtigt. Die Füllarbeiten werden um 7½ Uhr beginnen, so daß der Aufstieg etwa um 9 Uhr vom Füllplatze unterhalb der Charlottenstraße (Spielplatz der Lübecker Turnerschaft) erfolgen dürfte.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonnabend, 26. April, von 5 bis 7¼ Uhr nachmittags, im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde", statt.

Ratekau. Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 27. d. M., abends 7 Uhr, findet im Lokale der Witwe Kopp die General-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Ratekau und Umgegend statt. Da in dieser Versammlung der Vorstand sowie die Distriktsführer neu gewählt werden müssen, ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

Hamburg. Die Klempner in Hamburg-Altona haben am 23. April dem Abschluß eines Tarifes auf drei Jahre mit knapper Mehrheit zugestimmt. Der Lohn steigt um 3 Pfg. sofort und um 2 Pfg. am 1. Oktober ds. Js. auf 80 Pfg. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt wie bisher 9 Stunden. An den Sonnabenden ist um 5 Uhr Arbeitsschluß. Ueberstunden werden mit 20 Pfg., Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit mit 30 Pfg. Aufschlag pro Stunde bezahlt. Für besonders gefährliche und schmutzige Arbeiten, die im Tarif näher bezeichnet sind, wird ein Zuschlag von 10 Pfg. pro Stunde gezahlt. Jungausgelernte erhalten im ersten Jahre 55 Pfg., im zweiten Jahre 58 Pfg. Stundenlohn. Bei Arbeiten, die über 4,5 Kilometer weit entfernt liegen, wird das Fahrgeld, bei über 7,5 Kilometer auch die Wegezeit bezahlt. Bei auswärtigen Arbeiten wird ein Zehrgeld von 3 Mk. für Ledige und von 3,50 Mk. für Verheiratete gewährt.

Hamburg. Verkürzung der Arbeitszeit im Hamburger Hafen. Bei der vorjährigen Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter wurde die Frage der Arbeitszeitverkürzung zurückgestellt, weil zur Regelung dieser Frage erst Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung, der Kaiserwaltung, den Speditionsfirmen und der Kaufmannschaft stattfinden mußten. Gefordert und auch zugestanden war die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde, auf neun Stunden. Die Arbeitszeit sollte in der Weise geregelt werden, daß die Mittagspause fortfiel und lediglich kurze Essenspausen eingerichtet wurden. Die Eisenbahnverwaltung jedoch erklärte, die Eisenbahnanlagen im Hafen seien derart ungenügend, daß die Mittagspause von anderthalb Stunden unbedingt zur Rangierung der ankommenden und abgehenden Güter verbleiben müsse. An dieser für die staatliche Kaiserwaltung nicht sehr schmeichelhaften Tatsache scheiterte die beabsichtigte Regelung der Arbeitszeit: die Arbeitszeit mußte geteilt werden. Einer Riesenversammlung der Hafenarbeiter wurde das Resultat der letzten Verhandlung vorgelegt. Danach sollte die Arbeitszeit im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 7½ Uhr beginnen und mit 2 bezw. 1½ Stunden Mittagspause bis abends 6 Uhr währen. Bei der Festsetzung des Beginns der Arbeitszeit mußte auch auf die Arbeiterbeförderung Rücksicht genommen werden, die mit der Beförderung nach den Werften nicht zusammenfallen durfte. Für die Ewerführer, Getreidearbeiter und Speicherarbeiter bestanden die Unternehmer darauf, daß die Meldung dieser Arbeiter morgens in den Kontoren nicht in die Arbeitszeit falle, was bisher der Fall war. Unter dieser Bedingung würde aber für diese Gruppen die Verkürzung der Arbeitszeit etwa nur eine halbe Stunde betragen. In der Versammlung wurde außerdem scharf kritisiert, daß die Frühstückspause in Zukunft ganz fortfallen soll. Eine Resolution, die aus der Versammlung heraus eingebracht war und in der eine andere Regelung vor allem der Meldezeit verlangt wurde, lehnte die Versammlung als nicht weit genug gehend ab. Neue Verhandlungen sind angebahnt. Die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde kommt für etwa 27 000 Arbeiter in Frage. Am 1. Mai sollen die Verhandlungen beendet sein. Die ganze Angelegenheit zieht weite Kreise, haben die Staatsbetriebe doch ihre Arbeitszeit der Neuregelung angepaßt.

Hamburg. Benzinexplosion an Bord des „Imperator". Im Maschinenraum des Riesendampfers „Imperator", der zurzeit vor Kuxhaven liegt, brach gestern am Spätnachmittag infolge einer Benzinexplosion Feuer aus, das aber bald gelöscht wurde. Ein Angehöriger des Heizerpersonals wollte aus einem größeren Benzinbehälter sein Taschenfeuerzeug füllen. Dabei fing ein Haufen Putzwolle Feuer, das sofort auf einen etwa zehn Liter Benzin enthaltenden Ballon übersprang. Der Behälter explodierte mit starkem Knall. Durch die Stichflamme wurden acht Mann des Maschinenpersonals schwer verbrannt. Das Befinden von drei der Verletzten soll sehr ernst sein. Sie wurden von einer Kolonne des Roten Kreuzes nach dem Kuxhavener Krankenhaus geschafft. Das Feuer blieb auf den Maschinenraum beschränkt. Von anderer Seite wird dazu gemeldet, daß sich unter den Verletzten vier Monteure der Vulkanwerft befinden, die mit Fertigstellungsarbeiten beschäftigt waren.

Neumünster. Großfeuer. Mittwoch nachmittag brannte der Besitz des Landmannes Joach. Ehmsen in Föhrenbötel bei Wellingrade total nieder. Das Feuer soll beim Schornstein entstanden sein. Der gesamte Schaden, der ein bedeutender ist, ist durch Versicherung gedeckt.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübecks!

Kiel. Zu einer Debatte über die proletarische und die sogenannte „nationale" Jugendbewegung kam es am Dienstag in der Sitzung der Städtischen Kollegien. Anlaß dazu gab eine Vorlage des Magistrats, die 300 Mk fordert als Beitrag für den Ortsausschuß für nationale Jugendpflege. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Adler, nahm die Gelegenheit wahr, die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Jugendpflege darzulegen. Er kennzeichnete treffend das Wesen der sogenannten „nationalen" Jugendpflege, die nur den Zweck hat, die Jugend in hurrapatriotischem Sinne zu erziehen. Von den Bürgerlichen sprach Professor Harms. Er stellte die schon längst widerlegte Behauptung auf, die proletarische Jugendbewegung sei eine politische Bewegung. Er berief sich dafür auf den Genossen Liebknecht, den er als den tätigsten Leiter der proletarischen Jugendbewegung bezeichnete. Professor Harms war ehrlich genug, einzugestehen, daß die sogenannte nationale und vaterländische Jugendbewegung die Reaktion der proletarischen Jugendbewegung sei. Genosse Spiegel betonte, daß die Jugend heute so rechtlos sei, daß man sagen könne, sie habe gar kein Vaterland, die Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, der Jugend ein Vaterland zu schaffen. Diese Äußerung rief den Oberbürgermeister Lindemann auf den Plan, der sich berufen fühlte, das Vaterland zu retten. Mit der Phrase von der „internationalen Partei, die sich von dem Boden des Vaterlandes losgelöst habe" usw., glaubte er die trefflichen Argumente unseres Genossen abtun zu können. Der Herr Ober hatte jedoch wenig Glück damit. Genosse Adler führte ihn gründlich ab und zeigte ihm, welcher Unfug heute mit den Worten „national" und „Vaterland" getrieben wird. Man konnte es dem Herrn Ober anmerken, daß ihm die Sache jetzt schon recht unangenehm wurde. Seine Einwände waren denn auch dermaßen schwach, daß sie absolut keinen Eindruck machten. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten können mit dem Ausgang der Debatte zufrieden sein. Der Oberbürgermeister und seine Getreuen haben keine Lorbeeren geerntet. Es gelang den Sozialdemokraten auch, die Vorlage zu Fall zu bringen. Die Stadt wird dem Ortsausschuß also keine Mittel bewilligen.

Glückstadt. Großfeuer. Im Holzlager von Gehls brach Donnerstag mittag Feuer aus, das sich rasch über das ganze Anwesen verbreitete. Ein benachbartes Kohlenlager und ein Bretterschuppen sind in Gefahr. Der Schaden ist sehr groß. Es liegt offenbar Brandstiftung vor.

Bremen. Die Bürgerschaft setzte am Mittwoch, nachdem die Generaldebatte schon früher stattgefunden hatte, die Budgetberatung fort. Unsere Fraktion stellte eine Reihe von Anträgen, die aber erst später zur Verhandlung kommen werden, unter anderen: Errichtung eines eigenen Gebäudes für die Bürgerschaft; jetzt tagt die Bürgerschaft in der Börse zur Mitte, in absolut unzureichenden Räumen, besonders sind die Zuhörerräume klein und miserabel. Revision der Geschäftsordnung; es müssen zu einer namentlichen Abstimmung 30 Mitglieder ihre Zustimmung geben, aber es genügt ein einfacher Zuruf, um einen Schlußantrag zur Abstimmung zu bringen. Des weiteren will ein Antrag, daß den Wählern per Postkarte Mitteilung gemacht wird, wenn ihr Name in der Wählerliste steht. Die rückständige Landgemeindeordnung will ein Antrag ebenfalls einer Revision unterzogen wissen. Ein Antrag, 500 Mk. für Beschickung der Gewerbegerichtstage zu bewilligen, wurde sofort abgelehnt. Eine längere Debatte rief das Kapitel „Polizeidirektion" hervor. Genosse Rhein kritisierte das Vorgehen der Schutzleute gegenüber Streikposten und bezeichnete die neueste Polizeiverordnung „zur Sicherheit der öffentlichen Ordnung" als überflüssig. Der Polizeisenator Dr. Buff war besonders darüber erbost, daß das Schriftstück eines Bauherrn der Domgemeinde an die Polizeidirektion, worin zum Einschreiten gegen Demonstranten aufgefordert wurde, in der „Bürger-Zeitung" abgedruckt worden war. Er wolle die Arbeiterorganisationen nicht schlechter behandeln, als die anderen. Den Umzug am 1. Mai und die Versammlung unter freiem Himmel habe er doch auch bewilligt. Unsere Redner betonten, daß sie auch nicht mehr verlangten, als mit den übrigen Bürgern gleich behandelt zu werden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die schöne Galathe", Operette in 1 Akt von Suppé. Die klassischen alten Griechen, die von Suppé in Musik gesetzt worden sind, besitzen den Vorzug, nicht langweilig zu sein. Sie verulken sogar in recht amüsanter Weise unsere Zeitgenossen und entwickeln Anschauungen, die für alte Griechen denn doch schon recht modern sind. Die zum Leben erweckte steinerne Jungfrau mit dem gesegneten Appetit auf Liebe und Schnitzel, der reiche jüdische Kunstmäcen Mydas und der kecke Ganymed sind ganz famose Gestalten, die ihre Wirkung nie verfehlen. Dazu die graziöse, lebensprühende Musik Suppés mit ihrem Reichtum prickelnder Melodien. Die Regie des Herrn Direktor Fuchs hatte gestern für eine farbenprächtige und geschmackvolle Inszenierung des reizenden Werkchens Sorge getragen und die verschiedenen Partien mit ersten Kräften unserer Oper besetzt. Frau Kruse-Tiburtius war sowohl in ihrer äußeren Erscheinung, als auch gesanglich und darstellerisch eine ausgezeichnete Galathe. Der Ganymed des Fräulein Jansen hatte eine jugendfrische Stimme und den Schalk im Nacken. Mit gutem Humor gab Herr Schorn den Mydas. Als Bildhauer Pygmalion vervollständigte Herr Kollwitz das Ensemble in bester Weise. Unter Herrn Kapellmeister Dr. Hartzems schwungvoller Leitung erzielte „Die schöne Galathe" denn auch einen schönen Erfolg.

Den Beschluß des Abends bildete das von Frau v. Koocsi sorgfältig einstudierte, von den Damen des Balletts sowie Herrschaften des Schauspiels und des Opernchors hübsch ausgeführte Ballett „Wiener Walzer". Herr Kapellmeister Weigert dirigierte. P. L.

Liederabend des Chorvereins. Das rege Interesse, welches den Darbietungen des Chorvereins in der werktätigen Bevölkerung Lübecks entgegengebracht wird, fand seinen Ausdruck in dem vollbesetzten Saal des Gewerkschaftshauses, der gestern anläßlich des ersten Liederabends zu verzeichnen war. Erst wenige Monate sind ins Land gegangen, seitdem sich hier mehrere Arbeitergesangvereine zum Chorverein verschmolzen haben, der heute ca. 120 Sänger zählt. Es zeugt von starkem Selbstvertrauen und war beinahe ein Wagnis, bereits nach so kurzer Zeit gemeinsamen Zusammenwirkens mit einem Liederabend vor die Öffentlichkeit zu treten. Der Erfolg hat gezeigt, daß der Chorverein auf dem Wege ist, sich zu einem Faktor im musikalischen Leben Lübecks zu entwickeln. Gewiß ist es nicht leicht, aus einem Sängermaterial, das in der Hauptsache zwar viel guten Willen und ansehnliches Stimmmaterial, aber doch immerhin verhältnismäßig wenig musikalische Vorbildung besitzt, einen Chor zu schaffen, der auch schwierigere Aufgaben lösen kann. Da kommt es vor allem auf die Tüchtigkeit und Einsicht des Dirigenten an, der den Eifer seiner Sänger zu beleben, ihr musikalisches Empfinden zu veredeln bestrebt ist und sie besonders davor bewahrt, sich an Kompositionen heranzumachen, denen sie noch nicht gewachsen sind. Mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß das Programm des gestrigen Liederabends des Chorvereins sich frei hielt von überstiegenen Dingen und dafür eine ansehnliche Fülle schöner Volkslieder und anderer Chöre aufwies. Ließ auch im einzelnen die Schulung der Sänger noch manchmal etwas zu wünschen übrig — auch Tenöre müssen sich zurückhalten —, fehlte weiter beispielsweise dem Mendelssohnschen „Wenn sich zwei Herzen scheiden" noch das rechte innere Mitempfinden, so stand doch besonders die Wiedergabe des garnicht leichten Chores „Tord Folcson" auf sehr achtbarer Höhe, ebenso der des sehr lebendig vorgetragenen Wanderliedes von Rothe. Als Solisten wirkten die Herren Kollwitz vom hiesigen Stadttheater sowie Herr Becker vom Orchester des Vereins der Musikfreunde mit. Ersterer sang mit seiner klangvollen Tenorstimme Lieder von Schumann und Hildach sowie die bekannte Arie „Ach so fromm" aus „Martha"; letzterer erwies sich als trefflicher Künstler auf dem englischen Horn und der Oboe. Am Flügel begleitete Herr Kapellmeister Dr. Hartzem in dezenter und schmiegsamer Weise. Sowohl die Darbietungen der Solisten als auch die Leistungen des Chores, der in Herrn Sulanke einen ebenso umsichtigen wie temperamentvollen Dirigenten besitzt, fanden lebhaften Beifall. Mit dem Ergebnis des ersten Liederabends kann sowohl der Chorverein als auch die Zuhörerschaft zufrieden sein; es berechtigt zu größeren Hoffnungen für die Zukunft. P. L.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 9 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Maifeier. Von Jürgen Brand. — Die Jugendpflege im preußischen Abgeordnetenhaus. — Die Weber. Jugenderinnerungen von Richard Wagner. — Der Telegraph in den Kinderschuhen. Von Hans Riva (Mit Abbildungen). — Im Jubiläumsjahr der Freiheitskriege II. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Gegner an der Arbeit usw. — Beilage: Der Mai der Jugend. Gedicht von Richard Wagner. — Bill Boopers Blutegel. Australische Erzählung von Stefan v. Kotze. — Solidarität. Von Gustav Hoffmann. — Der König rief, und alle, alle kamen! — Die Walpurgisnacht (Mit Abbildung). — Der Sieg des Lichts. Von Georg Winkelmann. — Schützt die Flur! Von Fritz Elsner. — Frühling. Skizze von H. Thurow. — Schönheit. Das Maierlebnis eines Dichters. Von Otto Krille.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit". Heft 30.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. LÜBECK HOLSTENSTR.

In der Herrenkonfektions-Abteilung:

Arbeitshosen in Pilot, Manchester und Zwirn	2.45	2.95	3.75	5.50
Maurerhosen mit und ohne Schnitt	3.50	3.95	4.25	5.35
Maschinistenhosen in Croisé, Halbleinen u. Leinen	1.35	1.90	2.25	2.85
Maschinistenjacken gerade und schräg geknöpft	1.35	1.85	2.25	2.85

Ca. 200 Arbeitshosen aus gestreiften Pilotstoffen . . . . . Stück **1.95**

Ca. 150 Manchesterhosen extra starke Strapazierqualität . . **4.95**

Ca. 200 Herrenhosen aus kräftigen Buckskinstoffen **2.25**

Herren-Beinkleider aus Buckskin- und Cheviotstoffen	2.85	3.95	4.45	5.90
Eleg. Herrenhosen neueste Band- und Nadelstreifen	3.75	4.50	7.95	10.50
Herren-Westen aus Buckskin- und Cheviotstoffen	1.95	2.50	3.75	4.50
Eleg. Phantasiewesten aus Tuch, Seide und mercerisierten Waschstoffen	3.50	4.75	6.95	8.75

Ca. 200 Knaben-Leibchenhosen aus blauem Cheviot Größe 3 bis 7 **1.25**

Knaben-Anzüge Prinz-Heinrich- und Norfolkfasson aus bewährten blauen u. gemusterten Stoffen	5.95	7.50	9.75	11.00

(3351)

Strümpfe und Socken

Frauen-Strümpfe Wolle plattiert, deutschlang, gestrickt	48 ₰
Damen-Strümpfe gewebt, englisch lang, schwarz	30 ₰
Damen-Strümpfe braun, nahtlos, englisch lang	45 ₰
Damen-Strümpfe durchbrochen, Florgewebe, englisch lang	85 ₰
Herren-Schweißsocken nahtlos, naturgrau	35 ₰
Herren-Schweißsocken Doppelspitze und -Ferse	50 ₰

Konsum-Tage

Hervorragend billige Angebote

Lebensmittel

bester Qualität

3000 Dosen **Ia. junge Brech- und Schnittbohnen** 2-Pfd.-Dose **35 ₰**

Frischer Spinat	Pfd. 25 ₰	Amerik. Tafeläpfel	Pfd. 25 ₰
Frischer Kopfsalat	Stck. 6 ₰	Austral. Tafeläpfel	Pfd. 30 ₰
Rhabarber	2 Bund 15 ₰	Kochäpfel	Pfd. 18 ₰
Salat-Gurken	Stck. 30 ₰	Zitronen	10 Stck. 68 ₰

1000 Dosen **Stangenspargel** 2-Pfd.-Dose **1.30**

Zucker, gemahlen	Pfd. 21 ₰	Backobst, gemischt	Pfd. 45 ₰
Rangoon-Reis	Pfd. 20 ₰	Ringäpfel	Pfd. 45 ₰
Reismehl	Pfd. 20 ₰	Getrockn. Kirschen	Pfd. 72 ₰
Nudeln, alle Fassons	Pfd. 40 ₰	Pflaumen	Pfd. 35 ₰

4000 Dosen **Brechspargel** 2-Pfd.-Dose **58 ₰**

Tilsit. Käse, vollfett	Pfd. 90 ₰	Harzer Käse	4 Stck. 10 ₰
Tilsit. Käse, pikant	Pfd. 45 ₰	Limburger Käse	Pfd. 50 ₰
Schafkäse, imit.	Pfd. 70 ₰	Romadour-Käse	Stck. 25 ₰
Holländer Käse	Pfd. 80 ₰	Bayrisch. Bierkäse	Pfd. 70 ₰

3000 Dosen **Erbsen** 2-Pfd.-Dose **42 ₰**

Preetz. Landmettwurst	Pfd. 1.30	Sülze	Pfd. 80 ₰
Knoblauchwurst	Pfd. 80 ₰	Schweinebraten	Pfd. 2.00
Gekochte Mettwurst	Pfd. 1.10	Italienischer Salat	Pfd. 1.20
Blutwurst	Pfd. 60 ₰	Heringssalat	Pfd. 1.00

Holsteinischer Landschinken in 2-, 3- und 4-Pfund-Stücken Pfd. **1.35**

Sardinen in Oel	Dose 48 ₰	Delikateß-Heringe	Dose 75 ₰
Nordseekrabben	Dose 80 ₰	Lachs, geräuchert	Pfd. 1.10
Sardellen	Glas 85 ₰	Kronen-Hummer	Dose 95 ₰
Delikateß-Anchovis	Glas 28 ₰	Sardellenbutter	Tube 52 ₰

Frisches Fleisch

Ia. jung. Rindfleisch Bratenstücke 80, 90 ₰	Pfd. 75 ₰	Ia. jung. Kalbfleisch Bratenstücke 80 ₰	Pfd. 65 ₰
Ia. jung. Schweinefl. Bratenstücke 90 ₰	Pfd. 80 ₰	Ia. jg. Hammelfleisch Bratenstücke 1.10	Pfd. 90 ₰

Schürzen, Leibwäsche von 95 Pfg. an bis zu feinsten Ausführungen. 3347
Gustav Christens, 43 Fürstraße 43.

Spezialität seit über 30 Jahren **Kuheuter, per Pfund 65 ₰** unübertroffen im Geschmack **Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16** vorm. M. Lahrtz. (3341

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.
Warenabgabestelle VIII., Königstr. 111.

Für unsere werten Mitglieder!

In Waschstoffen

für Blusen und Kleider sind Neuheiten eingetroffen.

Musseline

in Wolle u. Baumwolle mit reizenden Bordüren.

Größte Auswahl in preiswerten Waschröcken, Moiree- und Lusterröcken. Rock-Volant.

Neu aufgenommen! Neu aufgenommen!

Einsatz-Hemden für Herren.

Ersatz für fertige Oberhemden, sehr praktisch im Gebrauch. 3300

Ludwig Prösch, Buchbinder
Glockengießerstraße 73 (3352
empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkomm. Arbeiten.

Ueberzeugen sie sich selbst
Hüxstraße 60 und Brockesstr. 22 Ecke Warendorpstraße
wie riesig billig unsere Preise sind.

Salmiakseifenpulver	1 Pfd. 16 ₰
Wachskernseife, großes Stück	16 ₰
3350)	3 Stück 45 ₰
Helle Kristallseife	1 Pfd. 22 ₰
Streichhölzer	Paket 27 ₰

Unübertroffen wäscht Ragoda
Einzig in seiner Art – D.R.G.M. 418136 – Ueberall zu haben
Schneeweiße Wäsche, Ohne Chlor, Unschädlich

Zur schnellen Einführung bis Ende 1913 auf Gutscheine von 5 Pfd. 1 Ia. Schere, 1 ff. Flasche Parfüm, von 10 Pfd. 1 echt silbern. Kollier, 20 Pfd. 1 ff. Dublee-Damenkette.

Beachten Sie unsere Zugabe-Artikel, dieselben liegen zur jedermanns Ansicht heute in obigen Geschäften aus!

Gratis! Jeder Käufer erhält Freitag und Sonnabend
1 Paket Ragoda, sowie ein Ragoda-Kreisel, reizendes Kinderspielzeug.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Leinmarkt 10.
3 kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
(62) Rote Lubeca-Marken.

Pfingst-Sonder-Angebot

zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Herren-Anzüge moderne Farben eleganter Schnitt

sonst:	48.—	42.—	39.—	35.—	31.50	27.50	22.50
jetzt:	38.50	33.00	31.00	26.75	23.65	19.75	14.75

Sehr modern: **Marengo-Jackett u. Weste**
mit gestreifter Kammgarn-Hose von **22.75** an.

Jünglings- und Knaben-Anzüge
hochfeine Muster neueste Fassons **30.00 26.50 22.50 19.50 13.00 9.75**

Knaben-Anzüge Größe 1—9, in allen Farben und Fassons
15.00 11.50 9.00 7.50 5.75 3.50

Buckskin- u. Kammgarn-Hosen moderne Streifen von **1.95** an.

Schuhwaren

für Damen, Herren und Kinder
in größter Auswahl und haltbaren erprobten Qualitäten staunend billig! 3360

Beachten Sie meine Schaufenster!

August Lütjohann

Johannisstr. 1. Eckhaus Breite Str.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 96. Freitag, den 25. April 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 24. April.

148. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein zurückgesetztes Kapitel des Militäretats: „Gouverneur, Kommandanten und Platzmajore."

Die Kommission beantragt die Streichung mehrerer Kommandantenstellen, darunter die der Kommandanten von Karlsruhe und Darmstadt.

Kriegsminister v. Heeringen bittet um Ablehnung des Kommissionsantrages. Der Fortfall der Kommandantenstelle in Karlsruhe und Darmstadt würde den mit Hessen und Baden bei der Gründung des Reiches abgeschlossenen Staatsverträgen widersprechen. Man sollte die Angelegenheit der freien Vereinbarung zwischen den beteiligten Staaten überlassen.

Die Bundesratsbevollmächtigten von Hessen und Baden (Frhr. v. Biegeleben und Dr. Nieser) schließen sich den Ausführungen des Kriegsministers an.

Schöpflin (SD.): Weder in der Kommission noch hier sind triftige Gründe für die Notwendigkeit der von der Kommission gestrichenen Kommandantenstellen angegeben worden. In dem Augenblick, wo so gewaltige Militärlasten dem Volke auferlegt werden, müssen alle Stellen, die den Anstrich einer Sinekure haben, gestrichen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Redner begründet einen Antrag auf Streichung der Kommandantenstelle in Königstein a. d. Elbe.

Kriegsminister v. Heeringen verweist bezüglich des Kommandanten von Königstein auf die von ihm in der Kommission angegebenen Gründe.

Fehrenbach (Ztr.) und Blankhorn (NL.) betonen die Staatsverträge mit Hessen und Baden, nach denen die Kommandantenstellen in Darmstadt und Karlsruhe nicht ohne vorhergehende Vereinbarung mit diesen Staaten gestrichen werden können.

v. Liebert (RP.) bittet, die von der Kommission gestrichene Kommandantenstelle in Dresden wieder herzustellen, der Dresdener Kommandant sei im Mobilmachungsfalle notwendig.

Noske (SD.): Der Abg. Fehrenbach hat an unserer Loyalität den Bundesstaaten gegenüber appelliert. Ich appelliere dagegen an die Regierungen, sie mögen doch ihrerseits nur ein bißchen guten Willen und Sparsamkeit zeigen. (Lebh. Sehr gut! b. d. Soz.) Uns wird heute ein sehr netter Anschauungsunterricht für das Volk geboten. Wir sehen ein paar Gesandte aufmarschieren, um angeblich wichtige Staatsinteressen wahrzunehmen, während in Wahrheit dieser große Apparat von der Militärverwaltung doch nur aufgeboten wird, um für hohe Offiziere ein paar Sinekuren zu öffnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit der Sicherheit des Reiches haben diese Dinge gar nichts zu tun. Ich bitte daher dringend, die Beschlüsse der Kommission aufrecht zu erhalten und darüber hinaus noch unserem Antrag in bezug auf Königstein zuzustimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Erzberger (Ztr.): Selbst hier, wo die Kommission nur ein Mindestmaß von Sparsamkeit üben will, kommen wieder Anträge, diese Sparsamkeit einzupökeln und für bessere Zeiten aufzubewahren. (Sehr gut!) Für alle solche Anträge werde ich namentliche Abstimmung beantragen. (Lebh. Beifall.) Von einer Verletzung von Staatsverträgen kann gar keine Rede sein. Ich persönlich und ein großer Teil meiner Freunde werden auch für die Streichung des Kommandanten in Königstein eintreten. (Bravo!)

Nach weiteren unwesentlichen Debatten werden die Anträge der Kommission angenommen, der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Kommandanten in Königstein a. d. Elbe wird ebenfalls angenommen.

Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Etat für den Rechnungshof.

Rauch (SD.): Beamte des Rechnungshofes erhalten Unterstützungen, obwohl sie nach der Höhe ihres Gehaltes dessen nicht bedürfen. Arbeiter, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, verlieren das Wahlrecht. Als Grund für die Unterstützungen führt man den Diensteifer und Fleiß der Beamten an. Diensteifer und Fleiß beweisen doch wohl alle Beamte. Solche Unterstützungen sind lediglich geeignet, ein elendes Strebertum großzuziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch bei der Gewährung von Schreibhilfen kommen Dinge vor, die nicht recht verständlich sind. Wir erwarten, daß das in Zukunft anders wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Etat wird bewilligt.

Etat über den allgemeinen Pensionsfonds.

Hierzu verlangt die Kommission in einer Resolution einen Gesetzentwurf, der eine Aufbesserung der Altpensionäre ermöglicht, sowie eine Abänderung der Reichsversicherungsordnung, durch die die Altersgrenze für die Gewährung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt wird.

Ein Antrag Albrecht (SD.) verlangt einen Gesetzentwurf, durch welchen bestimmt wird, daß die den Kriegs- und Militärinvaliden bewilligten Renten nach erfülltem 60. Lebensjahre nicht mehr gekürzt oder entzogen werden dürfen, und daß die Renten der Militär- und Kriegsinvaliden, der Unteroffiziere und Gemeinen mindestens der erfolgten Teuerung entsprechend, erhöht werden.

Kugel (SD.): Den Offizieren und Beamten, die im Dienste krank werden, gönnen wir ihre Pensionen; aber es muß auch für die Unteroffiziere und Mannschaften, die im Dienst und an seiner Folgen erkranken, ausreichend gesorgt werden. Das geschieht keineswegs. Zahlreiche Mitteilungen sind uns zugegangen, die das deutlich beweisen. In einem Falle wurde der betreffende über die Behandlung, die ihm zuteil wurde, weil man ihn für einen Simulanten hielt, so erregt, daß er zum Revolver griff und Selbstmord verübte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Durch derartige Fälle wird Vaterlandsliebe und Patriotismus nicht gehegt und gepflegt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch in der 1. Kompagnie des 3. Seebataillons ereignete sich ein ähnlicher Fall. Als ein Mann sich krank meldete, wurde er vom Stabsarzt, der nichts an ihm entdecken konnte, in den Dienst zurückgeschickt. Der Oberleutnant erklärte, er wolle den Mann schleifen lassen. Das geschah denn auch in einer Weise, daß der Mann im Dienst bewußtlos zusammenstürzte, und ins Lazarett geschafft werden mußte, wo er am zweiten Tage gestorben ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Gesuche um Unterstützungen und um Pensionen müssen gewissenhafter geprüft werden. Das Volk versteht es nicht, daß für Pensionen an junge kräftige Offiziere Millionen bezahlt werden, während die Söhne des Volkes mit Bettelgroschen abgefunden werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Oberst v. Dammann: Es ist unrichtig, daß inbezug auf die Pensionen die Mannschaften anders behandelt werden als die Offiziere. Es erfolgt in jedem Falle eine gerechte Prüfung, bei der jede Willkür ausgeschlossen ist. Für die Mannschaften wird sogar durchschnittlich mehr ausgegeben als für die Offiziere. (Lachen b. d. Soz.) Denn der Pensionsfonds für die Mannschaften ist seit dem Jahre 1900 um 90 % gestiegen, der für die Offiziere nur um 42 %.

Erzberger (Z.): Ich habe im letzten Jahre Beschwerde geführt über Pensionierung von Apothekern gerade dann, wenn sie eine Konzession bekommen. In einem solchen Falle erklärte der sächsische Militärbevollmächtigte, der betreffende Apotheker hätte pensioniert werden müssen, weil er so gut wie taub sei. Dabei hat der Betreffende an demselben Abend in einem Konzert in Dresden als Violinist hervorragend mitgewirkt. (Hört, hört!) Der Redner tritt dann dafür ein, daß dem Luftschiffahrtsfürsorgegesetz rückwirkende Kraft erteilt würde, und bringt den Fall eines Soldaten zur Sprache, der 1877 während seiner Dienstzeit einen Schlaganfall erlitt, gelähmt blieb und dem dann, als er 56 Jahre alt wurde, die bis dahin gewährte Unterstützung von 180 Mark entzogen wurde mit folgender Begründung: „Da Ihr Krankheitszustand unheilbar und derart schwer ist, daß Sie nichts mehr zu Ihrem Lebensunterhalt erwerben können, wird Ihnen die Rente entzogen." (Lebh. Hört, hört!) Er wurde auf die Armenpflege verwiesen. Die Militärverwaltung beruft sich auf denRechnungshof dabei. Gegen ein so engherziges bureaukratisches Vorgehen muß der Reichstag energisch Front machen. (Bravo!)

Oberst v. Dammann: Es sind inzwischen Maßnahmen getroffen, daß in solchen Fällen im Unterstützungswege weiter geholfen werden kann. Ob dem Luftschiffahrtsfürsorgegesetz rückwirkende Kraft gegeben werden kann, soll geprüft werden.

Sachse (SD.): Es wäre sehr erfreulich, wenn diese Versprechungen der Militärverwaltung in Erfüllung gingen. Bisher haben sich die Kriegsinvaliden immer zu beschweren gehabt. Deshalb haben wir unsere Resolution eingebracht. Die Kriegsinvaliden haben auf ihrer Hauptversammlung eine Resolution angenommen, wo der Reichstag um Erfüllung ihrer Wünsche ersucht wird. Die Pensionen der höheren Offiziere sind ganz erheblich erhöht worden, da ist es nur recht und billig, daß man auch die Bezüge der Kriegs- und Militärinvaliden erhöht. In der Kommission wurde das vom Vertreter des Reichsschatzamtes aus finanziellen Bedenken abgelehnt (Hört, hört!) und auch der Vertreter des Kriegsministeriums erklärte, das sei nur durch gesetzliche Änderung möglich. Reichsschatzamt und Heeresverwaltung hätten die Pflicht gehabt, ehe sie die Ausgabe von neuen Milliarden für die Heeresvorlage auf sich nahmen, erst einmal die alte Ehrenpflicht einzulösen und für die Kriegs- und Militärinvaliden besser zu sorgen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein paar besonders krasse Fälle sind vorgekommen, die man nicht für möglich halten sollte. Einem Schuldiener aus Neumünster, der Anspruch auf 2800 Mark hatte, wurden 2700 Mark verweigert, weil sein Anspruch verjährt sei. (Hört, hört!) Seine Petition, ihm das Geld zu zahlen, hat der Reichstag dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Trotzdem hat man ihm dann nur 648 Mark nachbezahlt, ihn also immer noch um über 2000 Mark geprellt. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.) Der Reichstag hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß das Geld aus Billigkeitsrücksichten zu zahlen sei. Einem anderen Kriegsinvaliden wurde im Alter von 69 Jahren die Alterszulage gekürzt, weil seine Frau einen Flaschenbierhandel betreibe. (Hört, hört!) Im vorigen Jahre erwähnte ich den Fall des Invaliden Förster aus Essen, dem man nach 38jährigem Bezug, als er 65 Jahre alt war, die Alterszulage und dann auch die Kriegsinvalidenrente entzogen hat. Damals wurde versprochen, daß, wenn der Mann wieder käme, sein erneutes Gesuch einer wohlwollenden Prüfung unterzogen würde. Er hat dies Gesuch im Januar eingereicht, aber bisher keine Antwort erhalten. Um solchen Vorgängen einen Riegel vorzuschieben, bitte ich um Annahme unserer Resolution. Auch die Erhöhung der Rente ist notwendig, damit die Leute jetzt nicht schlechter gestellt sind als früher, als die Lebenshaltung noch billiger war. (Bravo! bei den Soz.)

Sächsischer Generalmajor v. Weißdorf: Auf den vom Abg. Erzberger vorgebrachten Fall eines Stabstrompeters bin ich schon im vorigen Jahre ausführlich eingegangen und habe heute keine Veranlassung dazu.

Erzberger (Z.): Diese Art der Behandlung meiner Beschwerden verbitte ich mir, die mag auf dem Kasernenhof angebracht sein. Im Reichstag kommt man mit solchen Ausreden nicht durch. (Lebh. Beifall links und im Zentrum; Unruhe rechts.)

Generalmajor v. Weißdorf: Ich habe im vorigen Jahre das ganze Material vorgelegt, anderes Material habe ich nicht.

Erzberger (Z.): Ich kann erwarten, daß das neue Material, das ich heute beigebracht habe, geprüft wird. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt. Die Resolution der Kommission sowie der Antrag Albrecht werden angenommen.

Etat des Reichsschatzamtes.

Reichsschatzsekretär Kühn bittet um Bewilligung des von der Kommission gestrichenen Direktors, da die Arbeit im Reichsschatzamt außerordentlich gewachsen ist.

Stolle (SD.): Beim Reichsschatzamt werden auch die Zölle vereinnahmt. Durch unser Zollsystem ist eine Teuerung hervorgerufen, die keineswegs eine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung ist. Auch der Reichsschatzsekretär

---

Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenvind-Eriksson

Roman von Gustav Hedenwind-Eriksson.

(2. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Ausfahrt.

Jonas Grelsson war mit guten Nachrichten über den Gang der Arbeit im Moor zurückgekommen. In Anbetracht dessen wollte der Herr Inspektor mit seinen Damen einen kleinen Ausflug nach dem Arbeitsplatz unternehmen; vielleicht auch noch weiter, bis auf einen Berg hinauf, den die Leute „Sennberg" nannten, weil auf seinem Abhang die rotbunten Rinder der Bauern ihre Sommerfrische hatten. Aber nicht dahin sollte die Reise gehen, sondern richtig auf dem blauesten Gipfel, um die Fernsicht zu genießen und die Stärke der Augen zu prüfen. Es war ein sonniger Tag. Jonas Grelsson sollte sie den See hinaufrudern und auch Wegweiser sein; denn Fräulein Flora aus Stockholm, die Erzieherin der jungen Herrschaft, wollte alles genau sehen. Der Inspektor, seine Frau und der Hund hatten schon ihre Plätze im Kahn eingenommen und waren offenbar alle drei voll froher Erwartung. Aber vom Weg herunter rief ihnen das Fräulein zu, daß sie um alles von der Welt noch nicht abfahren dürften.

„Nein, nein, bestes Fräulein," rief Jan zurück. „Unser Schiff sitzt ja noch auf dem Trocknen."

„Ach, warten Sie doch, warten Sie doch auf mich!" rief sie trotzdem und lief den Weg hinunter, daß ihr das Kleid um die Beine schlug. Sie gewahrte auch nicht Göran Maler, der ganz in der Nähe zwischen den Büschen herumstrich und vermutlich eine neue Schandtat im Sinn hatte; denn ab und an kehrte er sein mageres, vertrocknetes Gesicht nach Jan zu, versteckte sich dann wieder hinter einem Busch und trat allmählich den Rückzug an. Er war ebenso zerlumpt wie immer, und Jan zeigte ihn lachend seinen Damen. Im selben Augenblick kam Jonas Grelsson mit leichten, raschen Schritten den Bach entlang — schlank und geschmeidig wie ein Marder. Er warf seinen Rock in den Steven und schob den Kahn ohne Anstrengung ins Wasser, ob er gleich weit hinauf aufs Ufer mit seiner Ladung stand.

Der Inspektor und seine Frau saßen mitten im Kahn und unterhielten sich von ihrer hoffnungsvollen ältesten Tochter, die in Paris ihre Erziehung vollendete. Zuvorderst im Steven saß der Hund, massig und voller Selbstgefühl, und im Bug lag Fräulein Flora und betrachtete das schöne Landschaftsbild rings um den See. Ab und an machte sie ihrem Entzücken über die blauen Berge und die grünen Thäler Luft und bewunderte die lichten Laubholzgruppen zwischen den dunklen Tannen. Aber öfter noch stahlen sich ihre schwarzen Augen zu Jonas hin, der die Ruder führte, und blieben an seinen schlanken Gliedern und seiner jungen Kraft haften, irrten aber wieder fort, sobald sie seinen Augen begegneten. Als ob sie diesen Blick aus Norden scheuten. Der Kahn glitt leicht über das stille Wasser, und Jonas Grelsson verhielt sich schweigend. Denn wenn er auch in ständiger Berührung mit Herren großgewachsen und der Sohn des halbveredelten Grels war, ließ er sich doch nur ungern in eine Unterhaltung mit Herrschaften ein.

Diese schweigsame Umgangskunst war indessen nicht nach Fräulein Floras Geschmack. Sie fing an mit Worten zu spielen und Bemerkungen um sich zu werfen, die wie Peitschenhiebe die Luft durchsausten und gelegentlich auch Jonas trafen. Der ruderte aber unbeirrt weiter und entgegnete kein Sterbenswörtlein.

Sie glitten an Inseln und Landzungen vorüber, und schließlich stieß der Kahn ans Ufer, wo der Weg vom Sennberg herunterkommt.

Da wanderten sie denn die schmalen Waldpfade hinan, über Höhen, Weiden und Sümpfe. Als sie zum Kranichmoor hinaufkamen, blieb Jan oben auf dem Bergrücken stehen und sah über die weite Fläche hin.

Grünes Starrgras war zwischen den Stämmen aufgewachsen, aber wo diese fortgeräumt waren, lag die Erde schwarz. Das waren die Folgen des Durchbruchs der Sennbachverdämmung vor drei Jahren.

Unten am Seeufer gingen Männer in Hemdsärmeln und schleppten je zwei und zwei einen Stamm und sangen den Takt dazu, einfache Rhythmen zu einfachen Worten. Sie waren nicht sonderlich in der Tonkunst bewandert und der Gesang war auch danach.

„Ihr seid noch lang nicht am Ende!" rief Jan von seiner Höhe und setzte die hohle Hand an den Mund. „Aber bis zum Herbst muß das Holz fortgeschafft sein."

Da hielt der hochgewachsene Mann, den wir schon zweimal gesehen, inne und rief zurück: „Das hängt von unserm Herrgott und Euren Geldbeuteln ab!"

„Gut!" antwortete Jan. Und damit wurde die Wanderschaft fortgesetzt. Der Gesang der Holzknechte klang so eigen, und der Kuckuck antwortete aus dem jungen Laubwald. Aber als sie in den dichten Fichtenwald kamen, fing Fräulein Flora an, über Müdigkeit zu klagen und blieb hinter dem Ehepaar zurück. Sie bat leise Jonas Grelsson, ein wenig zu warten, und streckte schließlich ihre feine Hand aus, als ob sie nach einer Stütze suchte. Er nahm sie — das schwache Geschöpf tat ihm wohl leid, und legte dann den Arm um ihre Mitte und trug sie beinahe den Pfand hinan. Aber zum Schluß ließ sie ihre seltsamen Augen gerade in seine sinken und bat ihn, einen Augenblick zu ruhen. Darüber konnte sich niemand wundern, der Weg war lang gewesen. Sie ließen sich also im dichten Moos nieder. Jonas legte sich auf den Rücken und sah in den stahlblauen Himmel hinauf und dachte darüber nach, wo wohl das Fräulein mit der spitzen Zunge von der Kahnfahrt geblieben sei; denn jetzt lag Flora auf ihre Ellenbogen gestützt und versuchte, ihm in die Augen zu sehen, wobei sie ihm allerlei Hübsches von Stockholm erzählte. Ihre Stimme war so weich und ihre Erzählungen klangen Jonas beinahe wie Märchen. Dennoch konnte er es nicht bleiben lassen, an die Vorratskiepen, Sensen und Rechen zu denken; denn die Ernte stand vor der Tür.

Aber schließlich schlang das Fräulein ihre zarten Arme um seinen Hals und flüsterte: „Ach, mein Freund, siehst Du denn nicht, daß ich verzaubert bin? Du hast mir's angetan, Jonas Grelsson . . ."

Er fühlte ihren warmen Atem und wie ihre Brust sich hob und senkte, und er fühlte sich selbst so machtlos, daß er kein Wort sagen konnte.

Aber allmählich kamen ihm die Kräfte wieder, er fuhr auf und sah ihr erstaunt in die Augen; und jetzt schwiegen sie beide.

Zuletzt warf Flora sich an die Erde und verbarg ihr Gesicht in den Händen. Aber da überkam Jonas eine große Angst, und er rannte davon wie ein aufgescheuchtes Renntier und kam nicht wieder.

Der Tag ging zu Ende. Bei der Sennhütte, auf der Weide drängten sich die Kühe und Ziegen. Die Kühe weideten das zarte Gras, und die Ziegen strichen sich an der Sonnenseite der Hütung entlang. Einige Zicklein standen ganz keck auf dem Dach, und die rotbunten Kälber brüllten, wenn die Mädchen ihren Lockruf sangen, während die dumpfen Töne der Kuhschellen in breiten Wogen den Pfad hinunterhallten. Aus der Hütte kam Malin, die junge Küsterstochter, und sang so klar und hell, daß es bis zwischen die Wipfel der Fichten hinaufklang. Die Herde antwortete ihr, und sie ging wieder hinein.

Es schnob, regte und bewegte sich drinnen im Gebüsch. Unten auf dem Weg kam Jonas Grelsson. Er blieb einen Augenblick am Hektor stehen, ging dann aber weiter gerade auf die Hütte zu, aus der ihm helles Lachen entgegenklang. Auf dem kleinen Vorplatz blieb er stehen, da er seinen Namen nennen hörte, trat hinter die Tür und horchte.

Nur zwei Mädchen waren da drinnen, aber trotzdem lärmten, lachten und tollten sie, just so, wie Mädchen unter sich zu tun pflegen. Es waren Tora, die Tochter des Sennbachbauern, und Malin.

(Fortsetzung folgt.)

und die verbündeten Regierungen sollten wohl endlich zu dieser Ueberzeugung gelangt sein, aber sie haben den Mut nicht, mit diesem System zu brechen, unter dem nicht nur die Arbeiter, sondern alle Erwerbstätigen ohne Ausnahme leiden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch das System der Einfuhrscheine wird die Reichskasse belastet, aber lediglich um den Agrariern zu helfen; sie sind eingeführt zu dem einzigen Zweck, die Preise zu steigern. Ich richte den Appell an den deutschen Reichstag und das deutsche Volk, endlich ein Wirtschaftssystem aufzuheben, durch das das deutsche Getreide dem Inland entzogen und dem Ausland gebracht wird, wo es teilweise geradezu als Viehfutter verwendet wird. Unsere kleinen Landwirte brauchen billige Futtermittel, und müssen sie aus dem Ausland beziehen, denn es ist ganz unmöglich, daß die deutsche Landwirtschaft die notwendigen Futtermittel selbst herstellt. Aber diese Futtermittel werden ebenfalls durch Zölle verteuert, und viele Millionen werden dadurch an das Ausland gegeben. Heben Sie diese Zölle auf, dann beweisen Sie durch die Tat, daß Sie Freunde der kleinen Landwirte sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die englische Steuerpolitik ist eine ganz andere, der englische Schatzsekretär sagt, wir wollen nicht das Brot, die Kleidung, das Haus unserer erwerbstätigen Bevölkerung besteuern, auch nicht den Handel und Verkehr, die deutsche Steuerpolitik basiert gerade auf indirekte Steuern, von denen der englische Schatzkanzler Lloyd George sagt, daß sie die größte Armut am schwersten belastet. Wenn unsere Steuerpolitik nicht andere Wege einschlägt, so wird niemand ein Wohlgefallen am deutschen Reiche haben können. Daher muß immer und immer wieder der Ruf erschallen: Fort mit den indirekten Steuern. (Beifall bei den Soz.)

Dr. v. Calker (NL.) befürwortet eine Resolution auf Vorlegung eines Gesetzes, durch welches diejenigen Bestimmungen des Zollvereinsvertrags von 1867 aufgehoben werden, die eine einseitige Belastung der deutschen Weine zulassen, damit diese nicht schlechter als Auslandsweine behandelt werden. Einer Aufhebung der Oktrois können wir nicht zustimmen, da wir den Städten nicht diese Einnahmen ohne Ersatz nehmen können.

Graf Kanitz (K.) schließt sich dem Vorredner an und betont die Notwendigkeit der Erhöhung der Weinzölle. Die Getreidepreise sind gerade jetzt so niedrig, daß kein Gutsbesitzer dabei auf die Dauer bestehen kann. Ich habe meinen Weizen für 147 Mark die Tonne verkauft, andere für 160 Mark. Aber schon vor 20 Jahren hat Jaures einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach der Weizenpreis ein für allemal auf 250 Mark pro Tonne festgelegt werden sollte. Für die Landwirtschaft im Osten sind die Einfuhrscheine absolut notwendig.

Gunßer (Vp.) warnt vor einer Erhöhung der Weinzölle.

Hoffmann-Kaiserslautern (SD.) empfiehlt eine Resolution Albrecht auf Aufhebung der einzelstaatlichen und städtischen Besteuerung der Weine. Diesen Weg der Entlastung ziehen wir dem Weg der Belastung vor, den der Antrag v. Calker gehen will. Zudem ist dieser gar nicht gangbar, solange die jetzigen Handelsverträge bestehen, während unser Antrag ohne weiteres ausführbar ist. Hat doch der Reichstag 1902 die städtischen Oktrois auf Lebensmittel bereits aufgehoben. Nicht nur die Konsumenten, auch die Weinbauern und Weinhändler haben ein Interesse daran, daß der Konsum nicht infolge der Verteuerung der Weine eingeschränkt wird. Freilich entgehen dann den Einzelstaaten und Gemeinden einige Millionen Einnahmen. Aber das schreckt uns nicht; wir halten noch immer die direkten Reichssteuern für die besten. (Bravo! bei den Soz.)

Reichsschatzsekretär Kühn erklärt sich bereit, mit den Regierungen der weinbautreibenden Länder Deutschlands zu verhandeln, aber von Reichs wegen könne man nicht so, wie es gewünscht wird, in die Finanzgebahrung der Einzelstaaten eingreifen.

Baumann (Z.) und Dr. Blankenhorn (NL.) empfehlen die Resolution v. Calker.

Emmel (SD.): Wir können sehr froh sein, daß wir noch billigen ausländischen Wein hineinbekommen, sonst könnten die kleinen Leute überhaupt keinen Wein mehr trinken. Die Weinpreise durch Einführung neuer Steuern zu erhöhen, ist deshalb höchst unrichtig. Die Parteifreunde des Herrn v. Calker haben in Straßburg die Mehrheit in der Gemeinde. Es läge also in ihrer Hand, den städtischen Weinoktroi dort zu beseitigen. Uebrigens wird das Verhältnis der Erhebungskosten zum Ertrage dieses Oktrois immer ungünstiger. In absehbarer Zeit wird der Oktroi also notwendigerweise fallen müssen. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist für den von uns vorgeschlagenen Weg der beste, weil ja Steuerreformen im Gange sind und hierbei Ersatz geschaffen werden kann. (Zust. bei den Soz.) Nun zu einer anderen Angelegenheit. Am 24. Februar 1912 ist ein Erlaß des Reichskanzlers an die Bundesregierungen ergangen, der so recht preußischen Geist atmet. Dieser Erlaß beschäftigt sich mit der Finanzwirtschaft der Gemeinden und sucht ihr möglichst Schwierigkeiten zu bereiten. In der Einleitung wird auf das außerordentlich starke Anwachsen der Kommunalanleihen hingewiesen und mitgeteilt, daß die Schulden aller Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern sich auf 5,3 Milliarden Mark belaufen, während die Schulden der Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern 1050 Millionen Mark betragen. Seit 1889 seien die Gemeindeschulden um 300 % gestiegen, während die deutschen Reichs- und Staatsanleihen nur um 95 % gewachsen seien. Es ist charakteristisch, daß das Reichsschatzamt die Reichs- und Staatsanleihen zusammenwirft. Betrachtet man nämlich das Wachstum der Reichsanleihen allein, so kommt man zu einem viel ungünstigeren Verhältnis. Von 1890 bis 1911 haben sich nämlich die Reichsanleihen mehr als verviefacht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Reich hat also schlechter gewirtschaftet als die Gemeinden, wobei noch zu beachten ist, daß die Gemeinden Geld zur Erfüllung kultureller Aufgaben aufgenommen haben, während die Steigerung der Reichsausgaben ausschließlich dem Rüstungswahnsinn gedient hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Erlaß macht nun weiter darauf aufmerksam, daß die Gemeindeanleihen die Aufnahmefähigkeit des Reichsrentenmarktes vermehren und den Reichs- und Staatspapieren vermindern, so daß der Kurs weit unter den inneren Wert gesunken ist. Der Mündelsicherheit der Gemeindepapiere steht deshalb das Reichsschatzamt mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber und es behauptet, daß die Gemeindeausgaben vielfach weit über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus gewachsen seien, weil sich der bequeme Weg der Anleihe zur Deckung geboten habe. Aber gerade mit dem bequemen Weg der Anleihe hat das Reich wahrhaftig genügend gesündigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Erlaß meint, daß die Gemeindeanleihen vielfach den Charakter der Lunsbefriedigung angenommen hätten. Ich brauche bloß an den Neubau des Militärkabinetts zu erinnern und da wagt man, wenn man solche Sünden auf dem Gewissen hat, vom Luxus der Gemeinden zu sprechen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Gemeinden erfüllen die Kulturbedürfnisse, wenn sie für Krankenhäuser, für Badehäuser, für Volksschulen Geld aufgeben, während das Reich für Militarismus und Marinismus das Geld zum Fenster hinauswirft. Der Erlaß bemerkt weiter, daß mit ihm vor der Genehmigung mit Anleihen aus laufenden Mitteln begonnen wird, und verlangt deshalb, daß möglichst frühzeitig die Aufsichtsbehörde von dem beabsichtigten Anleihebedarf in Kenntnis gesetzt werde, damit diese auch mit dem Kriegsministerium in Verbindung treten könne, um über die Bedürfnisse des Anleihemarkts zu beraten. Das Kriegsministerium soll also mit darüber entscheiden, was für die Gemeinden notwendig ist. (Lebh. Hört, hört!) Dagegen muß im Interesse der Selbstverwaltung der Gemeinden mit allem Nachdruck protestiert werden. Der Erlaß betont weiter, daß Straßenbahnen und Elektrizitätswerke nicht von den Gemeinden übernommen werden sollen, man will eben alle Mittel für den Militarismus zur Verfügung haben. Anleihen sollen möglichst nur für werbende Zwecke genehmigt werden, für nichtwerbende nur mit einem sehr erhöhten Tilgungssatz. Zum Schluß heißt es dann, es liegt nicht in meiner Absicht, in die Selbstverwaltung der Gemeinden und Einzelstaaten einzugreifen, als ob nicht der ganze Erlaß einen solchen Eingriff darstellt. Unterzeichnet ist er von einem Mann, der ihn heute wohl nicht mehr unterzeichnen würde, weil er inzwischen Gelegenheit hatte, Erfahrungen zu sammeln, die er damals am grünen Tisch noch nicht hatte machen können, nämlich von dem jetzigen Berliner Oberbürgermeister Wermuth. Für uns aber kommt es darauf an, gegen den Geist, der im Reichsschatzamt herrscht und der aus diesem Erlaß spricht, ganz entschieden Protest zu erheben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Schließlich noch eins. Die Erhebung der Zölle und indirekten Steuern durch die Einzelstaaten belastet diese in sehr verschiedener und ungerechter Weise, wegen des ungerechten Maßstabes bei der Rückvergütung der Kosten durch das Reich. Ganz besonders tritt das bei dem Branntweinsteuergesetz zutage. Elsaß-Lothringen hat in den letzten Jahren 2½ Millionen Mark für diesen Zweck aufwenden müssen. Es ist die höchste Zeit, daß eine Aenderung vorgenommen wird; entweder muß jeder Staat das zurückerhalten, was er tatsächlich aufwendet, oder es muß eine Reichszollverwaltung eingerichtet werden. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Kühn bestreitet, daß der Erlaß einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden darstelle; das Reichsschatzamt habe den Gemeinden ja gar keine Vorschriften zu machen, es sei aber natürlich bestrebt, die Grundsätze, nach denen die Finanzgebahrung im Reich geführt werde, auch bei den Gemeinden zur Geltung zu bringen. — Wegen einer anderweitigen Verteilung der Erhebungskosten ist der reichsländische Statthalter bereits ersucht, Vorschläge zu machen.

Der Antrag v. Calker wird angenommen, der Antrag Albrecht abgelehnt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluß: 8 Uhr.

Aus der Partei.

Polizeirecht in Preußen. In Essen (Ruhr) ist der langjährige Kassierer des Gewerkschaftskartells, Wohlsein, wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder verhaftet worden, nachdem die Revisoren des Kartells die jahrelangen Manipulationen dieses Menschen aufgedeckt und die „Arbeiterzeitung" dies Verbrechen an Arbeitergeldern öffentlich bekannt gegeben hatte. Die Untersuchung gegen Wohlsein wächst sich nun zu den größten Polizeiaktionen gegen die gesamte Essener Arbeiterbewegung aus. Am Montag wurde im Gebäude der „Arbeiterzeitung" in allen Bureaus des Zeitungsbetriebes und in den zahlreichen dort untergebrachten Gewerkschaftsbureaus wie auch im Parteisekretariat stundenlange Haussuchung abgehalten. Damit nicht genug, wurde auch bei mehreren Sekretären Haussuchung in deren Wohnung vorgenommen. Bei den Durchsuchungen wurde fast kein Blättchen unberührt gelassen. Am Dienstag vormittag wurde sogar das Debitoren-Kontobuch der „Arbeiterzeitung" beschlagnahmt. Und das alles, wie der Königl. Kriminalkommissar Loschnick (der bekannte Gönner politischer Spitzel) angibt, um Material gegen Wohlsein zu sammeln. Dabei haben sich alle beteiligten Personen bereit erklärt, vor dem Untersuchungsrichter jede gewünschte eidliche Auskunft über Wohlsein zu geben. Das alles hält aber den Kommissar Loschnick nicht davon ab, alles bis ins kleinste durch Haussuchungen zu klären. Alle Behaussuchten sind sich infolgedessen einig in der Meinung, daß Loschnick diesen Anlaß nur benutzt, um Material zu anderen Zwecken zu gewinnen. Seinen vorgeblichen Zweck könnte er viel bequemer erreichen. Da im übrigen die Leitung des Kruppschen Werkvereins sich damit brüstet, daß Loschnick zu ihren Nachrichtenvermittlern gehört und der Vorgesetzte des Loschnick der Mann ist, der die gestohlenen Mitgliederlisten des Steigerverbandes an den Zechenverband auslieferte, so kann jeder rechtlich denkende Mensch begreifen, daß die gesamte Essener Arbeiterbewegung den Maßnahmen dieser königlichen Polizeiorgane mit dem denkbar größten Mißtrauen gegenübersteht. Es ist hohe Zeit, daß unsere Reichs- und Landtagsfraktion diesen Praktiken einmal entschieden zu Leibe geht.

Gewerkschaftsbewegung.

Zentrale Verhandlungen im Baugewerbe. Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 22. April im Reichstagsgebäude in Berlin fand zunächst eine Auseinandersetzung der Parteien über die von den Unternehmern verlangte Weiterführung des Vertrages statt. Begründet wurde das Verlangen damit, daß in weiteren Gebieten eine Verständigung erzielt worden wäre, wenn nicht von den Arbeitern eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden vielfach gestellt wäre, was nach der früheren Erklärung der Unparteiischen zu dem Vertragsmuster unzulässig sei. Durch diese Forderung seien die Unternehmer überhaupt von Angeboten abgehalten worden. Die Unternehmer verlangten eine Erklärung der Unparteiischen, wie ihr Vorschlag über die Arbeitszeit aufzufassen sei. Von den Arbeitervertretern wurde mit Recht hervorgehoben, daß nach ihrer Auffassung der Meinungsstreit über die Erklärung der Unparteiischen zur Arbeitszeitverkürzung gar keine Veranlassung gebe, den Vertrag noch zu verlängern. Es habe sich durch die Verhandlungen gezeigt, daß die Unternehmer in den in Betracht kommenden Bezirken überhaupt keine Angebote machen wollten, denn nachdem man in einzelnen Fällen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit habe fallen lassen, nur um zu Angeboten zu gelangen, sei dann von den Unternehmern die Erklärung erfolgt, Lohnerhöhung gibt es für die Vertragsdauer bis 1916 nicht. Auch lasse das provozierende Auftreten einiger Unternehmervereine, die mit Entlassungen vorgehen, oder Lohnherabsetzungen ankündigten, wenn die Arbeiter sich nicht gefügig zeigen, eine Verlängerung des Vertrages nicht zu. Schließlich könne man sich auch aus dem Grunde nicht darauf einlassen, weil dadurch die in einer erheblichen Anzahl erfolgten Einigungen in der Luft hängen und die vereinbarten Lohnerhöhungen nicht zur Auszahlung gelangten. Um hierin möglichst Klarheit zu schaffen, gelangten die Unparteiischen zu nachstehender Erklärung, der unter der ausdrücklichen Bekundung der Arbeitervertreter über die gegenteilige Auffassung zur Verkürzung der Arbeitszeit von beiden Seiten zugestimmt wurde. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Aus dem Wortlaut des § 2 Nr. 2 des Vertragsschemas ergibt sich, daß über eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Zustimmung der Arbeitgeber nur unter der Voraussetzung verhandelt werden könne, daß zehnstündige Arbeitszeit besteht, und zugleich besondere schwierige Verhältnisse vorliegen.

Die örtlichen Vereinbarungen über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung treten, soweit sie bis zum 1. Mai getroffen sind, am 2. Mai in Kraft, soweit sie nach dem 1. Mai getroffen sind, erhalten die Vereinbarungen über Lohnerhöhungen zu dem gleichen Zeitpunkt rückwirkende Kraft. Die Vereinbarungen über sofortige Arbeitszeitverkürzung sind mit Beginn der der Vereinbarung folgenden ersten Lohnperiode durchzuführen.

Die bisherigen Verträge werden bis auf weiteres verlängert. Beide Parteien haben ihren vollen Einfluß einzusetzen, daß irgendwelche Zwangsmaßnahmen, insbesondere Streiks und Aussperrungen unterbleiben bezw. sofort eingestellt werden.

Die örtlichen Verhandlungen, die zurzeit noch im Gange sind, oder auf den Wunsch beider Parteien vereinbart werden, sind bis längstens den 30. April zu beendigen. Soweit eine Verständigung nicht erzielt wird, finden unter Leitung der Unparteiischen Sonntag, den 27. April zentrale Verhandlungen in Berlin nach Bezirken statt."

Die Verhandlungen haben damit ihr Ende erreicht. Die Parteien versuchen, noch die gegenseitigen Differenzpunkte festzustellen und am 27. April und den darauffolgenden Tagen findet die Fortsetzung der Verhandlungen statt, in der die Vorschläge über die strittigen Punkte in den einzelnen Bezirken zu erwarten sind. Bis dahin haben die einzelnen Orte noch die Möglichkeit, sich zu einigen, wenn sie wollen. Ueber die letzten Vorschläge, die von den Unparteiischen dann nach dem 27. April gemacht werden, werden dann die Generalversammlungen der Organisationen entscheiden.

Achtung, Spengler und Installateure! In Mannheim-Ludwigshafen und in Pforzheim sind die dort beschäftigten Spengler und Installateure ausständig. In den ersteren Orten hatten die Meister den Tarif gekündigt und unzureichende Zugeständnisse gemacht; in Pforzheim boten sie gar bis zu 6 Pfg. pro Stunde weniger Tariflohn. Sie begründeten diese Lohnkürzung damit, „daß dieser reduzierte Lohn nur für neu einzustellende Gesellen in Frage käme". Wir möchten nur sehen, wie bald die jetzigen Gehilfen durch „neueingestellte" ersetzt worden wären, wenn die Arbeiter einen solchen Vorschlag akzeptiert hätten. Daß der durch seinen Arbeiterhaß bekannte Unternehmerverband der Edelmetallindustrie in Pforzheim den Kleinmeistern „Schutz und Hilfe" verspricht, nimmt nicht weiter Wunder. Bei den Malern macht er es ebenso. In der Bügeleisenfabrik in Neuenburg bei Pforzheim streiken ebenfalls die Schleifer und Polierer. Dieser Betrieb gehört zu denen, die die allerschlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit in ganz Deutschland aufzuweisen haben. — Von obengenannten Orten ist also Zuzug von Arbeitern der einschlägigen Berufskategorien strengstens fernzuhalten.

Brauereiarbeiterstreik in Kulm in Westpreußen. In der Höcherlbrauerei in Kulm (Westpr.), die gegen 100 Personen beschäftigt, hat das Personal am 22. April die Arbeit niedergelegt, weil die Betriebsleitung sich durchaus nicht dazu verstehen wollte, über die eingereichten Forderungen zu unterhandeln. Die kürzeste Arbeitszeit ist dort noch 11 Stunden bei 13stündiger Präsenzzeit, dazu ist noch die ganze Sonntagsarbeit gratis zu leisten. Die Löhne betragen bis zu 65 Mk. monatlich. Die Forderung einer zehnstündigen Arbeitszeit und 20 Mk. Wochenlohn wird niemand als unberechtigt bezeichnen können, aber die Firma, die viel Export hat, lehnt sogar jede Verhandlung ab. So blieb den Arbeitern nichts übrig, als die Arbeit niederzulegen.

Zum Streik im oberschlesischen Bergbau. Vom Streik sind nunmehr 50 Gruben erfaßt; auch auf die fiskalischen Dellbrückschächte hat sich der Streik ausgedehnt. Die Zahl der Streikenden beträgt über 50 000. Es macht sich schon erheblicher Kohlenmangel bemerkbar. Die Marthahütte, eine große Eisengießerei in Kattowitz, auf der 1000 Arbeiter beschäftigt sind, hat ihren Betrieb wegen Mangel an Kohle eingestellt. Die Bekanntmachung der Direktion sagt ausdrücklich, daß, bevor der Bergarbeiterstreik nicht beendet sei, der Betrieb nicht wieder aufgenommen werden könnte. Die Unternehmer versuchen die Bewohner der von den Gruben eingerichteten Schlafhäuser, meistens unverheiratete junge Leute, mit Gewalt zur Arbeit zu bewegen. Es wird den Leuten jegliches Essen verweigert. Da diese Leute nicht im Besitz von Geld sind und meistens auch keiner Organisation angehören, leiden sie große Not. Die polnische „Gazeta Ludowa" meldet sogar, daß diese Leute, weil sie die Arbeit verweigerten, vereinzelt geprügelt wurden. Die Arbeiter bewahren bis jetzt musterhafte Ruhe und Ordnung.

Vom „Taylor-System". Das famose „Taylor-" oder wie es in Deutschland mit Recht genannt wird, das Hetzvogt-System treibt immer tollere Blüten. Hat da eine große Fabrik in den Vereinigten Staaten in ihren Werkstätten einen eigenen Kinematographen angeschafft, mit dem sie, wie kapitalistische Zeitungen freudig erzählen, bisher „bemerkenswerte Resultate" erzielte. Der Kinematograph wird in folgender Weise für das Unternehmen verwendet: Man photographiert den Arbeiter während der Ausführung eines Werkstückes. Jede einzelne seiner Bewegungen und jeder Handgriff werden auf dem Film registriert. Vor dem Apparat ist auch eine Uhr aufgestellt, die genau die Zeit abmißt, die für jede Bewegung des Arbeiters nötig ist. Diese Uhr besitzt nur einen Zeiger, der in sechs Sekunden um das Zifferblatt herumgeht. Als Modell wird — natürlich! — ein tüchtiger Arbeiter verwendet, dessen Tätigkeit vorbildlich erscheint. Der Film, der auf diese Weise zustande kommt, wird dann in den Werkstätten den Arbeitern auf einer Leinwandfläche vorgeführt, so daß sie aus den Bildern des Kinematographen die tüchtigste Ausnutzung ihrer Arbeitskraft ersehen können. Eine Arbeit, die früher 37 Minuten in Anspruch nahm, kann, wie der Kinematograph nachweist, in neun Minuten ausgeführt werden. Zum Schluß der Beschreibung des Apparates und dessen Anwendung heißt es: „Dieser Zeitgewinn bedeutet für den Arbeiter eine Erhöhung seines Lohneinkommens, denn bei der Arbeit nach dem kinematographischen Vorbild erhöht sich sein Verdienst um zirka 20 Prozent. Um wieviel schneller der Arbeiter bei dieser Ausbeutungsmethode verbraucht wird, zeigt der Apparat allerdings nicht an.

Das neue Schiedsgerichtsgesetz in West-Australien. Die letzte Session des westaustralischen Parlaments beschloß eine Reihe einschneidender Abänderungen der bestehenden Gesetze betr. die Beilegung und Vermeidung wirtschaftlicher Kämpfe, von denen die wichtigsten hier angeführt seien: Die Schiedsgerichte können sich hinfort mit so ziemlich allen Streitigkeiten befassen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen können. Sie erstrecken sich jetzt auf alle Arbeiterkategorien, mit alleiniger Ausnahme der Dienstboten. Früher konnten nur solche Gewerkschaften gewerkschaftliche Schiedsgerichte verlangen, deren Mitglieder in einer und derselben Industrie arbeiten. Das hatte die Zersplitterung, z. B. bei den Handlungsgehilfen notwendigerweise zur Folge. Das ist geändert worden. In kleinen Orten sollen auch Organisationen, welche alle Berufe umfassen, zugelassen werden. Die abgeschlossenen Tarife können mit Zustimmung der Beteiligten auf Dritte ausgedehnt werden. Der Vorsitzende kann die Parteien während einer Bewegung laden. Das Lohnamt kann die Maximalarbeitszeit auch für solche Arbeiter, welche im Stücklohn arbeiten, festsetzen. Hiervon sind nur die landwirtschaftlichen Berufe ausgenommen. Besondere Gewerbeinspektoren werden ernannt, welche die Durchführung der Entscheidungen des Lohnamtes zu überwachen haben. Gegen Verletzung seiner Entscheidung kann das Lohnamt selbst vorgehen. Auch alle Staatsangestellten, mit Ausnahme der dem Polizei- und öffentlichen Dienstgesetze Unterstehenden,

können Gewerkschaften angehören und sich an den Lohn- und Schiedsämtern beteiligen. Jede Maßregelung ist als eine Verletzung der Bestimmungen des Lohnamtes anzusehen und zu ahnden. Der vom Lohnamte festgesetzte Maximallohn muß jeden Arbeiter, ohne Rücksicht auf irgendwelche Abmachungen, gezahlt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Die dreimal heilige Disziplin. Eine harte Strafe verhängte das Breslauer Kriegsgericht über einen Grenadier des Regiments 11; es verurteilte ihn wegen tätlichen Angriffs auf eine militärische Wache zu 15 Monaten Gefängnis. In der Nacht des 21. März hatte der Grenadier S. in seiner Eigenschaft als Korridorposten laut seiner Instruktion die Mannschaften, die in die Bedürfnisanstalt gehen wollten, zurückgewiesen, weil sie nicht vorschriftsmäßig angezogen waren (!) Dies Zurückweisen der Kameraden ärgerte den Grenadier M. und er gab dem Posten einen Schlag mit der geballten Faust ins Gesicht. Und deshalb 15 Monate Gefängnis!

Wieder ein Spionageprozeß. Das Reichsgericht verurteilte den Buchhalter Kohler wegen Vergehens gegen § 1 des Spionagegesetzes zu 7 Jahren 1 Monat Zuchthaus. Seine Frau Martha Kohler wurde wegen Beihilfe zum Verrat militärischer Geheimnisse zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in umfangreicher Weise Abschriften von Plänen und Akten, die ihm als Fortifikationsschreiber in Breslau zugänglich waren, an russische und französische Offiziere abgeliefert und große Entschädigungen dafür bekommen. Die Frau fiel bei der Urteilsverkündigung in Schreikrämpfe.

Wie beim Militär Gehorsamsverweigerungen entstehen. Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier kam dieser Tage ein bezeichnender Fall von Gehorsamsverweigerung zur Aburteilung. Angeklagt war ein Musketier vom 69. Infanterie-Regiment wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft. Vor einiger Zeit war eine Abteilung Soldaten zum Schießplatz, der über eine Stunde von der Kaserne entfernt ist, ausgerückt. Der Angeklagte hatte den Befehl, den Patronenkasten mit 450 Patronen zu tragen. Dieser Kasten ist natürlich ziemlich schwer. Es geschieht daher in der Regel, daß er abwechselnd getragen wird. Der Angeklagte aber wurde nicht abgelöst. Als er vor Müdigkeit nicht mehr konnte, beklagte er sich. Anstatt daß nun der Unteroffizier den Mann abgelöst hätte, erteilte er ihm den Befehl: „Sie tragen den Kasten bis zum Schießplatz", und höhnisch fügte er zu diesem Befehl noch folgende charakteristische Bemerkung: „Ich werde der Katze eine Falle stellen." Der Angeklagte erwiderte auf diese offenbare Provokation: „In die ich aber nicht hineingehen werde." Über diese Entgegnung geriet der Herr Unteroffizier in eine solche Wut, daß er den Angeklagten in der unerhörtesten Weise beschimpfte. Er nannte ihn einen Schweinhund und dergleichen mehr. Mühsam schleppte sich der Angeklagte mit dem Kasten weiter, bis er schließlich nicht mehr weiter konnte. Er stellte nun den Kasten hin und sagte: „Ich kann nicht mehr, lieber mag man mich einsperren." Das geschah denn auch. In der Verhandlung bestätigten mehrere Kameraden unter Eid die Darstellung des Angeklagten in vollem Umfange. Auf Grund dieser Aussagen sprach das Gericht den Angeklagten zwar von der Gehorsamsverweigerung frei mit der Begründung, der Unteroffizier habe dem Angeklagten einen Befehl erteilt, der über dessen Kräfte ging. Dagegen verlangte anscheinend die heilige Disziplin des Militarismus, daß trotzdem der Angeklagte wegen Achtungsverletzung zu 10 Tagen strengen Arrest verurteilt wurde. Dabei war noch strafmildernd in Betracht gekommen, daß der Angeklagte gereizt gewesen sei! Verständnislos steht man solch einer „Gerechtigkeit" gegenüber. Also wenn ein Soldat von seinem Unteroffizier bis aufs Blut gepeinigt und in der empörendsten Weise gereizt wird, dann muß er stillschweigend alles über sich ergehen lassen und ohne Murren ausharren, bis er zusammenbricht. Wir sind nunmehr gespannt, welche Strafe den Unteroffizier treffen wird, da auch gegen diesen ein Verfahren wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung eingeleitet worden ist.

Aus Nah und Fern.

Die Deutsche Turnerschaft und der Jungdeutschlandbund. Der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft hat über die Köpfe der Mitglieder den korporativen Anschluß der Deutschen Turnerschaft an den Jungdeutschlandbund beschlossen. Dieser Anschluß hat nun innerhalb der Deutschen Turnerschaft eine starke Protestbewegung hervorgerufen. In Stuttgart nahm am Sonntag ein außerordentlicher Turntag des 11. Kreises der Deutschen Turnerschaft (Württemberg und Hohenzollern) zu dem Anschluß und dem Jungdeutschlandbund Stellung. Obgleich alle einflußreichen Führer der Deutschen Turnerschaft aufgeboten worden waren, und selbst die Zentralleitung den Geschäftsführer, Prof. Rühl, entsandt hatte, gelang es nicht, den Widerstand zu brechen. Es kam zu äußerst heftigen Debatten, in der von der Opposition kräftig gegen die Vergewaltigung der Mitglieder durch den Ausschuß protestiert und das chauvinistische Treiben des Jungdeutschlandbundes abgelehnt wurde. Die Redner konnten sich auf zahlreiche Urteile von Geistlichen, Lehrern und Zeitschriften stützen, in denen der verderbliche Einfluß des militaristischen Geistes und des Kriegsspiels, das im Jungdeutschlandbunde gepflegt wird, gekennzeichnet wurde. Es wurde auch mit der Abzweigung eines großen Teils der Mitglieder der Deutschen Turnerschaft gedroht und die Gründung eines besonderen Turnverbandes in Aussicht gestellt. In allen Tonarten suchten die Führer der Deutschen Turnerschaft, darunter bezeichnenderweise auch zwei bekannte volksparteiliche Politiker, die Opposition zu beschwichtigen. U. a. wurde auch als Lohn für eifrige Mitarbeit im Jungdeutschlandbund das Wohlwollen der staatlichen Behörden in Aussicht gestellt. Prof. Rühl glaubte mit dem Zugeständnis beruhigen zu können, daß formelle Fehler gemacht worden seien; er erklärte aber kategorisch, der vollzogene Anschluß an den Jungdeutschlandbund werde unter allen Umständen aufrechterhalten. Trotzdem erlitt die Führung eine schwere Niederlage.

Ein von den Führern empfohlener Antrag, auszusprechen, daß der Anschluß so aufzufassen sei, daß der Jungdeutschlandbund der Deutschen Turnerschaft das Recht der Mitarbeit gäbe, nicht aber auch die Pflicht dazu auferlege — wurde mit 299 gegen 276 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen mit 342 gegen 220 Stimmen ein Antrag, der die Beschlußfassung über die Anerkennung des Ausschlußbeschlusses so lange aussetzt, bis der nächste ordentliche Deutsche Turntag Beschluß gefaßt hat.

Diese Gärung in der Deutschen Turnerschaft wird hoffentlich dazu beitragen, den Arbeitern, die der Deutschen Turnerschaft noch angehören, die Augen darüber zu öffnen, wohin die Reise geht, und sie zum Anschluß an den Arbeiterturnerbund zu bewegen.

Ein Unglückstag in Johannisthal. Der Aviatiker Dunetz stürzte gestern früh 7 Uhr in Johannisthal mit einem Luftverkehrseindecker aus beträchtlicher Höhe steil zur Erde und wurde sofort getötet. Der Flieger Abramowitsch, der gestern früh 6 Uhr auf eine Wright-Doppeldecker mit der Fürstin Schaikowski als Passagier zu einem Probefluge aufstieg, stürzte mit der Maschine aus 6 bis 8 Meter Höhe seitlich zur Erde. Abramowitsch erlitt mehrere Arm- und Beinbrüche, anscheinend auch innere Verletzungen. Die Fürstin wurde leichter verletzt.

Bluttat. Aus Allenstein wird gemeldet: Der Rentner Barschewski, der früher Landwirt war, gab auf den Güteragenten Strosinsky aus Berlin-Friedenau, als Strosinsky sein Hotelzimmer verließ, zwei Revolverschüsse ab und verletzte ihn lebensgefährlich. Den Grund zur Tat bilden Differenzen bei der Regulierung des Besitzes Barschewskis. Barschewski ist Mitinhaber der polnischen Bank Ludowo. Strosinsky ist ebenfalls Vertreter der polnischen Bank.

Aus der Kaserne. Vom Dach des Dienstgebäudes des Berliner Generalkommandos hinter dem Gießhause stürzte sich der Grenadier Stolzing auf die Straße hinab, weil er die Rückberufungsorder in die Front erhalten hatte. Bald nach der Einlieferung im Garnisonlazarett erlag er seinen Verletzungen.

Die ersten Opfer der Militärvorlage. In Wetzlar verübten in diesen Tagen zwei ältere, schon nahe an die 70er Jahre reichende Damen, die als Schwestern einen gemeinsamen Haushalt führten und als wohlhabend galten, gemeinsam Selbstmord durch Erhängen. In einem hinterlassenen Schreiben gaben sie als Grund ihres unseligen Schrittes die Furcht vor Schande und schwerer Bestrafung an, weil sie früher ihr Vermögen nicht richtig deklariert hätten. Diese Steuerhinterziehung werde jetzt bei Feststellung des einmaligen Wehrbeitrages sicherlich ans Tageslicht kommen.

Schwere Bluttat einer Irrsinnigen. Am Donnerstagnachmittag ereignete sich in Bad Nauheim eine schwere Bluttat. Die Frau des Badedieners Schmidt legte in plötzlicher Geistesstörung in ihrer Wohnung Feuer an. Dann brachte sie dem einen Stock tiefer wohnenden Hausgenossen Reuling mit einem Messer so schwere Verletzungen bei, daß er bald darauf starb. Frau Reuling, die ihrem Manne zu Hilfe kommen wollte, wurde gleichfalls schwer verletzt. Dann fuhr die Geisteskranke in einer Droschke nach einer Villa in der Frankfurter Straße. Hier drang sie in die Wohnung des Oberbautechnikers Wießner ein und brachte der dort angestellten Köchin Stiche im Gesicht und in den Armen bei. Frau Wießner, die ihrem Mädchen zu Hilfe kommen wollte, wurde von der Rasenden ebenfalls verletzt. Der Kutscher, der vor dem Hause wartete, hörte die Hilferufe. Er eilte in das Haus und es gelang ihm, die Geisteskranke zu entwaffnen. Bald war auch Polizei in Automobilen zur Stelle, die die Frau in sicheres Gewahrsam brachte.

Unterschlagungen bei einer Krankenkasse. Unser Dresdener Parteiblatt berichtet aus der Dresdener Ortskrankenkasse: Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse hat den Kassenführer, Sekretär Fr. Meyer, wegen falscher Buchungen und Unterschlagungen vom Amte suspendiert. Der Gesamtvorstand wird über weitere Schritte gegen den Beamten beschließen. Fr. Meyer ist einer der Führer des sog. nationalen Bundes der deutschen Krankenkassenbeamten und dessen Vorsitzender in Sachsen.

Aus Furcht vor einer belanglosen Schulstrafe hat sich in Herne ein zehnjähriger Volksschüler mit dem Revolver seines Vaters erschossen.

Ein furchtbares Familiendrama wird aus Marseille gemeldet: Der Schweizer Dolmetsch Tognola durchschnitt, wahrscheinlich in einem Wahnsinnsanfalle, zuerst die Kehle seines neunjährigen Töchterchens, dann die der herbeieilenden Mutter und die der beiden anderen Kinder im Alter von sieben und dreizehn Jahren. Er setzte dann sein Testament auf, das er an die Staatsanwaltschaft adressierte und jagte sich eine Revolverkugel durch den Kopf.

Banditenstreiche. Vier Banditen, die in einem Taxameter fuhren, überfielen am hellen Tage in der belebten 6. Avenue in Neuyork Passanten und raubten ihnen Geld und Schmucksachen. Zwei von ihnen konnten verhaftet werden. Vier andere Banditen haben einen Wagen des Zuckertrustes überfallen, der 10 000 Dollars für Arbeitslöhne enthielt. Die Polizei hat nach einem heftigen Kugelwechsel zwei von den Räubern festgenommen.

Der schwarze Tod. Die mit Blut geschriebene Leidensgeschichte der Grubenproletarier ist um ein neues Blatt vermehrt worden. Aus Nord-Amerika kommt die Schreckenskunde von einem furchtbaren Grubenunglück, dem über 100 Menschen zum Opfer gefallen sind. Viele Familien sind damit an den Bettelstab gebracht worden; denn für die Angehörigen ihrer Opfer hat die kapitalistische Welt bestenfalls nur einige Bettelpfennige übrig. Finczville in Pennsylvanien, wo die Katastrophe sich ereignete, wird jetzt jener langen Liste von Orten eingereiht werden müssen, an die der Bergmann nur mit Schaudern zu denken vermag. Noch läßt sich aus den wenigen zur Stunde vorliegenden Meldungen nicht mit Sicherheit erkennen, wie das Unglück entstanden ist. Ein durch eine Explosion entstandener Grubenbrand soll nach der einen Version den Tod der Bergleute verursacht haben, während es in einer anderen Meldung heißt, daß schlagende Wetter den Arbeitern verhängnisvoll geworden sein sollen. Vielleicht ist beides zusammengetroffen. Aber dem sei, wie ihm wolle. Wenn man an die gewaltigen Grubenunglücke der letzten Jahre denkt, besonders an Radbod, Courrière und Gerthe, so kann man die Frage nicht unterdrücken, ob es auch in diesem Falle wieder das wahnsinnige Hetz- und Antreibersystem war, das die eigentliche Schuld an der Katastrophe trägt. In Gerthe ist es zweifellos so gewesen, wenn auch die gerichtliche Untersuchung (aus bekannten Gründen!) zu keinem Resultat geführt hat. Unabweisbare Pflicht der amerikanischen Bergleute ist es jetzt, hier nach Möglichkeit Klarheit zu schaffen. Denn die millionenschweren Interessenten des Grubenkapitals werden, unterstützt von einer feilen Presse, alles versuchen, um die Schuld „höheren Mächten" zuzuschreiben oder wohl gar auf die Arbeiter selbst zu überbürden. Diesen Verdrehungsversuchen begegnen, heißt, dem gesamten internationalen Grubenproletariat einen unschätzbaren Dienst leisten.

Über das Unglück liegen bis jetzt folgende Meldungen vor

Pittsburg, 23. April. In der „Cincinnati"-Grube in Fincyville in Pennsylvania ist eine Explosion erfolgt, welche die Grube in Brand setzte. Zur Zeit der Explosion waren hundert Mann in der Grube. Bisher sind nur zwanzig geborgen worden. Man fürchtet, daß die übrigen umgekommen sind. Einzelheiten fehlen.

Pittsburg, 24. April. Bei der Explosion in der „Cincinnati"-Grube in Fincyville in Pennsylvania sollen 120 Bergleute umgekommen sein. Siebzig Leichen sind geborgen worden, die in der Nähe der Ausgänge lagen. Diese Bergleute scheinen der Explosion selbst entronnen und schlagenden Wettern zum Opfer gefallen zu sein. Das durch die Explosion entstandene Feuer war um Mitternacht gelöscht.

Wer ist der Christ? Aus London wird geschrieben: Einen eigentümlichen Kontrast liefern zwei Reden, die letzten Sonntag von zwei Bischöfen der Staatskirche gehalten wurden. Die erste Rede war die des Bischofs Gore von Oxford, eines allgemein geachteten Gelehrten und Menschenfreundes. Der Bischof von Oxford hatte die seit Ostern streikenden Straßenbahnangestellten der Stadt Oxford zu einer Predigt in seiner Kirche eingeladen. Er sagte in seiner Predigt: „Vor einiger Zeit bildeten die Mitglieder des akademischen Senats einen Ausschuß der moralischen Zeugen. Der Ausschuß, dem ich angehöre, kam zu dem Entscheid, daß das wahre Prinzip unserer Religion, wie es im alten Testament enthalten ist, darin besteht, daß die anständige Bezahlung der Arbeit die erste Belastung der Industrie sein muß. Es ist eine Lüge, zu sagen, daß unsere Religion mit diesen Dingen nichts zu tun hat. Gibt es Menschen hier, die unterbezahlt werden? Gibt es Heime, wo die Menschen an ihren Löhnen nicht genug haben, um sich anständig ernähren und kleiden zu können? Gibt es Heime, wo die Löhne der Männer dadurch ergänzt werden müssen, daß die Frauen zur Arbeit gehen, wenn sie die Kinder erziehen sollten? Wenn solche Dinge vorkommen, liegt es im Interesse und ist es das Geschäft der ganzen Gemeinde und der Kirche, sich darum zu kümmern, die Ursache zu erfahren und danach zu trachten, daß Abhilfe geschaffen wird. Keine Bewegung in diesem Lande hat im letzten halben Jahrhundert mehr Gutes getan als die Gewerkschaftsbewegung, und im Namen Christi sollten wir jedermann auffordern, uns zu beweisen, daß es nicht im Geiste Christi ist, daß die Menschen zueinander halten. Ich fordere Euch auf, der Bewegung treu zu bleiben und sie zu stärken."

Und nun zu der anderen Rede. Sie wurde gehalten von dem Bischof von Peterborough, einem der reichsten englischen Prälaten, der mit der Aristokratie verschwägert und verschwistert ist. Er sprach in der Westminster-Abtei in London über Sankt Georg, den Schutzheiligen Englands, und leistete sich einige bissige Ausfälle gegen die „atheistischen Sozialisten" und „kleinen Engländer" (so nennen die englischen Chauvinisten diejenigen ihrer Landsleue, die von imperialistischen Abenteuern nichts wissen wollen). Er sprach von dem materialistischen Zeitalter (und das ein Mann, der jährlich 90000 Mark zu verzehren hat!) und von der Klasse, die man „fälschlich als Arbeiterklasse bezeichnet". Den Arbeitern warf er vor, daß sie sich mehr um ihre Löhne kümmerten als um den Ursprung dieser Löhne, und er sang ein Loblied auf den Militarismus und die von Lord Roberts eingeleitete Bewegung.

Die Predigt wird niemand in Erstaunen versetzen, der erfährt, daß die Lieblingsbeschäftigungen dieses Gottesgelahrten Fischen, Reiten und Automobilfahren sind.

Genossenschaftsbewegung.

„Degrosa", ein neuer Kämpfer gegen die Konsumvereine. Den Konsumvereinen droht schon wieder neues Unheil. Ein neuer Detaillistenverband tritt auf den Plan, um vornehmlich gegen die Konsumvereine in die Schranken zu reiten. Diesmal soll eine lückenlose Zusammenschließung aller am Lebensmittelhandel Interessierten durch einen Verband angestrebt werden, der vor kurzem in Bochum gegründet wurde. Kampf gegen Konsumvereine, Warenhäuser und geheimen Warenhandel ist das Programm der „Degrosa". Der Name ist aus den Anfangsbuchstaben der Kreise gebildet, die von der neuen Organisation umfaßt werden sollen, Detaillist, Grossist und Fabrikant sollen sich zusammenfinden, um vor allen Dingen mit den Mitteln des Boykotts und der Warensperre das gewünschte Ziel, hauptsächlich die Bekämpfung der Konsumvereine, zu erreichen. Daß es in erster Linie gegen die Konsumvereine geht, ist aus den bisher vorliegenden Publikationen des neuen Verbandes leicht zu schließen. Detaillisten, Grossisten und Fabrikanten verpflichten sich gegenseitig, jeglichen Geschäftsverkehr mit Konsumvereinen und Warenhäusern zu unterlassen.

Daß die Sache einen Haken hat, geht aus den Aeußerungen aller Händlerzeitungen hervor, die sich bisher mit der „Degrosa" beschäftigten. Die Vorkommnisse der letzten Jahre bilden doch schon für alle diejenigen, die da allzu kurzsichtig die Kraft des organisierten Konsums unterschätzen, eine dringende Warnung. Der Kampf des Markenschutzverbandes gegen die deutsche Großeinkaufsgesellschaft, der eine glatte Niederlage der Fabrikanten brachte, ist noch in Erinnerung. „Gebranntes Kind scheut das Feuer!" Es wäre ja auch höchst merkwürdig, wenn ein an und für sich hochentwickeltes Wirtschaftsleben die Möglichkeit zur Verwirklichung derartig phantastischer Ideen böte, der die neue Organisation zur Niederringung der angeblichen Feinde des Detailhandels ihre Entstehung verdankt. Zwar man möchte schon, und „der wirtschaftliche Boykott aus wirtschaftlichen Ursachen ist doch nicht zu verurteilen", schreibt ein Händlerorgan, aber wer gibt die Garantie des Erfolges? Ja, wenn eine rechtsverbindliche Gewißheit bestände, daß bei einem mit den Mitteln des Boykotts und der Warensperre gegen die Konsumvereine geführten Kampf für die beteiligten Händler und Grossisten kein Minderumsatz entstehe, ja dann möchte man wohl!

Den zur Bekämpfung der Konsumvereine gegründeten Detaillistenorganisationen ist ein eigenartiges Geschick beschieden. Kaum in Wirksamkeit getreten, stellt sich die Unmöglichkeit, das gesteckte Ziel zu erreichen, heraus. Die vor einigen Monaten zum gleichen löblichen Zweck gegründete Konsumvereins-Arbeitszentrale starb schon, ehe sie noch recht geboren war; der neuen Gründung wird ein anderes Geschick kaum beschieden sein. Ob unseren Detaillisten nicht bald die Erkenntnis dämmert, daß sie eine Aufgabe zu lösen ausziehen, die schlechterdings nicht zu lösen ist? Unsere patentierten Mittelstandsretter sehen in der Fortbildung der Warenvermittlung nur künstliche Gebilde, die man mit mehr oder weniger großer Kraftanwendung zum Verschwinden bringen könne. Keiner von ihnen kam bisher auf den Gedanken, daß die neuen Formen der Warenvermittlung im Wirtschaftsleben feste Verankerung fanden, mit dem Wirtschaftsleben organisch verwachsen sind. Anscheinend ist keiner aus dem Lager der Mittelstandsretter vernünftig genug, heraustretend aus dem Zirkel krämerhafter Anschauungen, das große Ganze des Wirtschaftslebens vorurteilslos zu betrachten. Und weil sie das nicht können, gelten ihnen die Träger der neuen Wirtschaftsformen als Feinde, die böswillig alte Gewohnheiten stören. Das wird selbstverständlich nichts daran ändern, daß die Entwicklung ihren Gang geht, auch trotz der „Degrosa".

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten unsern innigsten Dank. (3356

Familie **Burmeister, Barnek.**

3355 **Kräftiges Laufmädchen**
ges. Sch ortau, Rantzau-Allee 17 I.

Gesucht ein Junge (3363 beim Milchwagen der Ostern die Schule verlassen hat. Zu melden von 10—10½ Uhr vormittags bei **Rob. Mihr,** Moisling er Allee 57a.

---

2 guterhalt. **Fahrräder** und eine 3flammige **Petroleum-Maschine** zu verkaufen.
3366) Elswigstraße 8a.

Kleines Haus billig zu verkaufen Wakenitzmauer 44. (3333

Magn.-bon.-Pflanzkartoffeln
zu verkaufen.
3345) Schönfa rbahnstraße 9b.

Guterhaltener Kinderwagen
auf Gummi zu verkaufen
3344) Ludwigstr. 62.

Magn.-bon. Eß- u. Pflanzkart.
zu verkaufen. (3353
Charlottstraße 12 I.

Pflanzkartoffeln
zu verkaufen. (3343
Sedanstraße 2.

Kl. Haus zu kauf. ges., möglichst ohne Anz. bei jährl. Abz., Burgtor oder Hüxtertor od. kl. Haus zu miet. ges. Ang. unt. **C W** an die Exp (3346

Weiße Ringäpfel
Pfund 40 Pfg.
Gemischt. Backobst
Pfund 40 Pfg.
Pfirsiche
Pfund 40 Pfg.
Pflaumen
Pfd. 25, 30, 35, 48 Pfg.
Hagebutten
Pfund 66 Pfg.
Bickbeeren
Pfund 70 Pfg.
2-Pfd.-Dose **Brechbohnen**
33 Pfg.
Magdeb. Sauerkohl
Pfund 5 Pfg.
Eduard Speck
Hüxstraße 80 u. 82. (3370

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Gute Magnum-bonum-Eß- und Pflanzkartoffeln, 100 Pfd. 2 Mk. ab Haus, frei Haus 2.25 Mk., bei mehreren 100 Pfd. billiger. Lange gelbe Eßkartoffeln 10 Pfd. 35 Pfg., Paulsen Juli frühe 10 Pfd. 40 Pfg., 50 Pfd. 1.50 Mk., Rosen-Eß- u. Pflanzkart. 10 Pfd. 30 Pfg., 50 Pfd. 1.30 Mk., gesunde Speise- u. Futterkart. 100 Pfd. 1.75 Mk. empfiehlt **C. Prestin,** Fleischhauerstraße 60. (3359

Billig! **Käse!** Billig!

Feinster Schweizer . . 100 ₰
Rahmkäse, Tils., pollfett 90, 95 ₰
Sehr fetter Tilsiter . 60, 75 ₰
Ganz reif. echt. Limburg. 70 ₰
Kleinverkauf Fleischhauerstr. 43.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

1260

Pr. Ia. Ziegenfleisch Pfd. 40 u. 50 Pf.
29 Markthallenstand 29. (3365

Wanduhren
Taschenuhren
Goldwaren
Trauringe
empfiehlt (3368
Willi Westfehling
Holstenstraße 32.

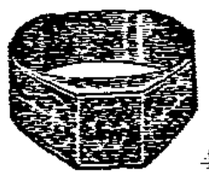
Garten-Sämereien
in bester Qualität.
Schelm & Wege Nachfl.,
3340) Mengstr. 10.

Uhren -Reparaturen
vorherige Preisangabe. 3362
H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm., ob. Johannisstr. 20.

Neue Pflaumen Pfd. **28, 35, 40** und **50** Pfg. **Weiße Ringäpfel** Pfd. **45** Pf. **Mecklenbg. Feigen-Backbirnen** Pfd. **30** Pfg. **Mischobst** Pfd. **45** Pfg. **Feinste Thüringer Salzgurken** 2 St. **15** Pfg. **Prima Magdeburger Sauerkohl. Berger Flom-Heringe** 2 St. **15** Pfg. **Neue Matjes-Heringe** St. **20** Pfg.
empfiehlt 3357
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59
4 Proz. Rabatt.

---

(31) **Hans Köppen**



Goldschmied und Graveur
Lübeck
4 Sandstraße 4.

Gemüse u. Früchte in Dosen

1	Pfd.	Spargel . . . 50, 55,	60 ₰
2	„	Spargel . . 85, 90 u.	100 ₰
1	„	Erbsen . . . . 28 u.	35 ₰
2	„	Erbsen . . . . 45 u.	60 ₰
4	„	Erbsen	110 ₰
2	„	gem. Gemüse	65 ₰
2	**Pfd.**	**Spinat . . . 50 u.**	**55 ₰**
1	„	Spinat	30 ₰
1	„	Karotten	22 ₰
2	„	Karotten	33 ₰
2	„	Erbsen mit Karotten	60 ₰
2	**Pfd.**	**Sellerie in Scheib.**	**60 ₰**
2	„	Pfefferlinge	75 ₰
2	„	Wachsbohnen	44 ₰
1	„	Brechbohnen	33 ₰
1	„	Brechbohnen	60 ₰
2	„	Schnittbohnen . . .	33 ₰
1	„	Schnittbohnen . . .	60 ₰
2	**Pfd.**	**Apfelmus . . nur**	**70 ₰**
4	Pfd.	Apfelmus 130, 10 Pfd.	3 M.
2	„	Zwetschen ohne Steine	60 ₰
2	„	„ m. St. 60, 10 Pfd.	2.75 M.
2	**Pfd.**	**Mirabellen . . . .**	**80 ₰**
4	Pfd.	Mirabellen	150 ₰
10	„	Senfgurken	350 ₰
2	„	Heidelbeeren	80 ₰
2	„	Melange	125 ₰
5	„	Kronsbeeren 180, 10	350 ₰

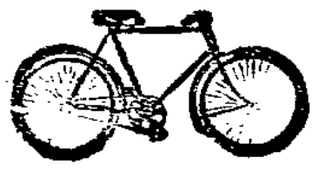
Eduard Speck
Hüxstraße 80-82. (3369

Morgen **Sonnabend** und **Sonntag** geben wir auf jedes Pfund unserer echt holst. **Eigelbpflanzenbutter** Marke HB. Pfd. 90 ₰
12 amerikan. Zwiebäcke gratis.

Durch mangelhafte Lieferung unseres bisherigen Bäckermeisters sind wir gezwungen worden, einen neuen Lieferanten zu nehmen. Wir führen unsere Semmelzugaben von jetzt ab in doppelter Größe bei unübertroffener Güte und Bekömmlichkeit und hoffen auf weiteres Wohlwollen unserer geschätzten Kundschaft. (3357

Durch Kauf für 5 Pfd. unter bekannten Bedingungen.
Allerfeinste **Meierei-Tafelbutter** Pfund 1.25 Mk.
Eine **7 ₰ Frische Landeier 10** Stück **68 ₰**
Lüttmanns Eierhaus, Königstraße 42a (nahe bei Markt).

Corona- u. Görlicke-Fahrräder



haben sich seit Jahren als leichtlaufend und sehr haltbar erwiesen und sind daher allen Radfahrern als beste Räder sehr zu empfehlen. 3361
Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt.

Pa. Karbonade, Nacken, pro Pfd. 90 Pfg.
Pa. dicke Rippen . . . . . pro Pfd. 80 ₰
Pa. besonders dicke Flomen b. Abn. v. 4 Pfd. pro Pfd. 75 ₰
Pa. geräucherter Schinken, Landrauchart, in Stücken von 2-5 Pfd. pro Pfd. 1,25 M

Pa. Nacken zum Füllen	Pfd. 95 ₰	Pa. junges Rindfleisch	Pfd. 80 ₰
„ Schweinefl., Bratenst	„ 85 ₰	„ fett. Kalbfleisch	Pfd. v. 80 ₰ an
„ Eisbeine	„ 60 ₰	„ ger. Schweinsbacken	Pfd. 90 ₰
„ fetten u. magern Speck b. Abn. v. 4 Pfd.	Pfd. **90 ₰**	„ bestes weißes Schmalz b. Abn. v. 4 Pfd.	Pfd. **80 ₰**

Karl Lahrtz, vormals M. Lahrtz, (3342 **Böttcherstr. 14-16.**

Möbel **Betten** **Polsterwaren**

Sehen Sie

meine leicht. Abzahlungsbedingungen
Einrichtg. 250 Mk. Anz. 25 Mk. wöch. Rate 2 Mk.
Einrichtg 350 Mk. Anz. 35 Mk. wöch. Rate 3 Mk.
Einrichtg. 500 Mk. Anz. 50 Mk. wöch. Rate 5 Mk.
Einzelne Möbelstücke Anzahl. von 5 Mk. an

Gardinen Teppiche Uhren Kleiderstoffe Wäsche Tischdecken

Herren-Anzüge von 6 Mk. Anzahlung an
Burschen- u. Knab.-Anz. von 4 Mk. Anzahlung an
Damen-Konfektion
Kinderwagen von 5 Mk. Anzahl. an
3354
Hersch Kesten
17 Holstenstr. 17, 1. Etage.

Fra Diavolo
komische Oper in 3 Aufzügen von D. F. C. Auber.
Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, dem 4. Mai, sind
Textbücher à 20 Pfg.
bei uns zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Lübeck — Burgfeld. 3261
Das Tagesgespräch von Lübeck
Hugo Haases A.-G.
Figur-8-Bahn.
Täglich ab 4 Uhr nachmittags ununterbrochen im Betrieb.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preiswert u. haltbar.

Zwirnhosen . .	1.40	bis	3.50
Pilothosen . .	2.50	bis	5.50
Maurerhosen .	2.90	bis	7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis	9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis	5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise rote Lubecawarken.
(60)

Fahrrad- und
Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
68) **Carl Heynert, Lübeck,**
Moisl. Allee 6a. Teraspr. 352.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Rensefeld-Schwartau.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 26. April
abends 8½ Uhr
im Gasthof Transvaal, Schwartau.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
3358) **Die Distriktsleitung.**

„Gasthof am Kreuzweg"
Seeretz.
Gr. Tanzmusik
am Sonntag, 27. April.
Anfang 6 Uhr.
3349) Emil Gordts.

Gasthof Klein-Mühlen.
Sonntag, den 27. April 1913:
Tanzkränzchen
des Spar-Klubs „Hol die ran".
Mitglieder frei. Nichtmitglieder 50 Pfg., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundlichst ein
3310) **Otto Evers.**

Restaurant FRANZ BOY
Schwartau, Lübecker Str. 14.
Täglich:
Musikalische Unterhaltung.
ff. Speisen und Getränke.
Aufmerksame Bedienung.
942) **Franz Boy.**

Neues Stadttheater.
Freitag, den 25. April 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
183. V. i. Voll-A. 30. V. i. Freitag-Ab.
Simplicissimus-Abend.
Vorher:
Der zerbrochene Krug.
Lustspiel von H. v. Kleist.
Schauspielpreise. (334
Sonnabend, den 26. April 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
184. Vrst. i. V.-A. Außer Sonnab.-A.
Agnes Bernauer.
Ein deutsches Trauersp. v. F. Hebbel.
Kleine Preise.
Sonntag, den 27. April 1913.
Anfang 3 Uhr. Ende nach 5½ Uhr.
Volks-Vorst. z. Einheits-Preis von 75 Pfg. pr. Platz.
Der Freischütz.
Rom. Oper v. C. M. v. Weber.
Die Verlosung der Plätze findet Freitag und Sonnabend abends von 8—9 Uhr an der Theaterkasse statt.
Abends 7½ Uhr. Ende 11 Uhr.
185. Vorst. i. V.-Ab. Erhöhte Preise.
Doppel-Gastspiel von Herrn **Paul Wegener** und Frau Dr. **Brünar** vom Deutschen Theater in Berlin.
Macbeth, von Shakespeare.
In Vorbereitung: „Der Widerspenstigen Zähmung". Oper v. Goetz.